Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

27.06.1932 (Nr. 136)

Visual Library

Einzelpreis 15 Pfennig

LOTZ

Montag, 27. Juni 1932 • Nummer 136

Massenwahlkundgebung
kommenden Freitag, 20.30 Uhr
im Kaffee Flora Gröpelingen
es spricht Pg. Studentkowski M. d. L., Leipzig

Bremer Nationalsozialistische Zeitung
Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle Papenstraße 15. Redaktion Langenstr. 48. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 18 bis 19 Uhr. — Fernspr. Domsh. 25878.

Die BNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugpr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gespaltene mm-Zeile RM 0.16 auswärts RM 0.12, im Textteil RM 0.50, auswärts RM 0.70 Stellengesuche RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06 Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Offene Revolte in Bayern

Bayrische Volkspartei droht mit einem König von Bayern

London, 27. Juni. In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Daily Expreß" hat der Bauernführer der Bayrischen Volkspartei, Dr. Heim, u. a. ausgeführt:

Jeder Zeit könne jetzt der Tag kommen, an dem

Kronprinz Rupprecht zum König von Bayern ausgerufen

werde. Dies sei nicht nur die Meinung der großen Mehrheit des bayrischen Volkes, sondern er habe guten Grund, zu glauben, daß sie **auch von der gegenwärtigen bayrischen Regierung geteilt werde.** 75 v. H. der bayrischen Bevölkerung würden sofort die Wiederaufrichtung der alten bayrischen Monarchie unterstützen.

„Die Weimarer Verfassung ist tot, wir warten nur noch auf die Stunde ihres Begräbnisses".

Die Wiedereinführung der Monarchie bedeute allerdings nicht die Trennung Bayerns vom Reich. Alles, was Bayern verlange, sei, ein treues Glied des Reiches zu bleiben. Bayern müsse aber das Recht zu einer von den anderen deutschen Staaten unabhängigen Verfassung haben. Wir wollen einen König als Herrscher anstatt eines republikanischen Präsidenten, weil wir glauben, daß ein Monarch, der durch die Bande des Blutes mit seinem Lande verbunden ist, der beste Herrscher für einen Staat in diesen schweren Zeiten ist.

Die Frage des Berichterstatters, ob die Herbeiführung einer absoluten Monarchie mit diktatorischen Vollmachten gebilligt werde, wurde von Heim verneint. Die bayrischen Könige seien immer demokratische Könige gewesen, die von ihrem Volke geliebt worden seien. **Die Monarchie werde von einem Zweikammer-Parlament unterstützt werden. Dies sei alles bereits ausgearbeitet worden.** Das Oberhaus werde aus vom König ernannten Mitgliedern zusammengesetzt sein und zwar aus einflußreichen Industriellen, Universitäts- und Kirchenvertretern sowie gewählten Vertretern verschiedener öffentlicher Körperschaften, Handelsverbände, Gewerkschaften usw. Das Unterhaus werde nach denselben Richtlinien wie der jetzige bayrische Landtag gewählt werden mit Ausnahme, daß das Wahlrecht eingeschränkt werde.

Heim erklärte ferner, er glaube, daß die Stunde kommen werde, wo der

Konflikt zwischen Bayern und dem Reich zum offenen Ausbruch komme.

Bayern werde sich dann nach einem König umschauen, der es in dem Kampf um die Wahrung der bayrischen Gesetze gegen die allgemeine deutsche Unordnung, die die Reichsregierung Bayern aufzwingen wolle, führen werde. „Wir wünschen keinen Kampf, aber wenn uns ein Kampf aufgezwungen wird, dann sind wir bereit dazu."

Wieder ein SA.-Mann ermordet

Bochum, 26. Juni. Am Sonntag mittag überfielen in Wattenscheid Kommunisten einen Trupp Nationalsozialisten. Die Kommunisten gingen mit **Steinen und mehreren Schüssen vor.** Hierbei wurden zwei Nationalsozialisten durch einen Kopfschuß bzw. Schulterstecksuß lebensgefährlich verletzt. Beide mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Zwei Nationalsozialisten erhielten durch Schüsse leichtere Verletzungen. Eine Frau erhielt einen Oberschenkelschuß. Von den Tätern konnte nur ein Kommunist festgenommen werden.

Inzwischen ist durch durch Kopfschuß verletzte SA.-Mann im Krankenhaus verstorben.

Opfer der Polizei

Köln, 26. Juni. Der bei den Zusammenstößen mit der Polizei am Sonntag, den 19. Juni durch einen Schuß schwerverletzte Stahlhelmer ist in der Nacht zum Sonntag gestorben.

SA.-Mann schwer verletzt

Essen, 26. Juni. Sonntag morgen gegen 2.30 Uhr wurden zwei uniformierte SA.-Leute aus Borbeck, die von einer Sonnenwendfeier zwei Mädchen nach Hause brachten, im Stadtteil Altendorf von zwei Burschen **von hinten beschossen.** Es fielen ungefähr acht Schüsse. Durch einen wurde ein Nationalsozialist in den Rücken getroffen. Das Geschoß trat oberhalb des Herzens wieder heraus. Er wurde dem Krankenhaus zugeführt. Es besteht Lebensgefahr. Am Tatort wurden fünf Patronenhülsen, Armeepistole 08 gefunden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Drei SA.-Männer in Beuthen verletzt

Beuthen, 26. Juni. In der Nacht zum Sonntag gegen 23 Uhr kam es in der Bahnhofstraße zu einer Schlägerei zwischen etwa 50 Kommunisten und ungefähr 25 Nationalsozialisten, die zum Teil uniformiert waren. Um die streitenden Parteien rottete sich eine große Menschenmenge zusammen. Auf nationalsozialistischer Seite wurde **ein Arbeiter durch drei Messerstiche in den Rücken, ein zweiter Arbeiter durch einen Stich ins rechte Schulterblatt, und einen Messerstich am Kopf verletzt.** Drei weitere Nationalsozialisten sind hauptsächlich durch Stockschläge, zum Teil erheblich mißhandelt worden.

Die Polizei säuberte die Straßen und sistierte mehrere Personen. Zeugen haben bekundet, daß die Kommunisten die Nationalsozialisten angegriffen haben und daß der Arbeiter Krassny der Rädelsführer der Kommunisten war. Bei seiner Durchsuchung wurde ein Dolch gefunden. Krassny wurde festgenommen. Von den verletzten Nationalsozialisten mußten drei ins Krankenhaus geschafft werden.

Kommune schießt in Hamburg

Hamburg, 26. Juni. Sonntag früh ist es erneut zu einem schweren Feuerüberfall auf Nationalsozialisten und zu einem Kugelwechsel zwischen einschreitender Polizei und Kommunisten gekommen. Ein Nationalsozialist erlitt einen Handschuß. Ob auch Kommunisten verletzt wurden, steht noch nicht fest. Der Vorfall ereignete sich an der Helgoländer Allee, wo auf Nationalsozialisten, die zu einer Veranstaltung abmarschierten, **aus den Anlagen heraus plötzlich geschossen wurde.** Die Nationalsozialisten nahmen Deckung. Als Polizei eintraf, wurde auch sie aus dem Gebüsch heraus beschossen. Die Polizeibeamten erwiderten das Feuer und nahmen einige Verhaftungen vor.

60 gegen 10 in Leipzig

Leipzig, 26. Juni. Am Sonntag vormittag ist es in Leipzig zu mehreren politischen Zusammenstößen gekommen. In Leipzig-Klein-Zschocher wurden etwa zehn Nationalsozialisten von etwa 60 Kommunisten überfallen. Mehrere Nationalsozialisten wurden verletzt in Krankenhaus gebracht. Einer mußte in Behandlung behalten werden.

KPD.-Mordkolonne aufgehoben

Wuppertal, 26. Juni. In Barmen hat die Polizei einen sogenannten kommunistischen Selbstschutz, **dessen Mitglieder zum größten Teil mit Hieb- und Stichwaffen, darunter auch mit Beilen,** bewaffnet waren, aufgehoben. Dieser Selbstschutz hatte in der Nacht zum Sonntag Fußgänger angehalten und nach Waffen durchsucht. Die Polizei verhaftete über 40 Personen, darunter eine Frau, die in Männerkleidung steckte.

NSDAP.-Antrag gegen politischen Terror

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion in Preußen hat folgenden Urantrag eingebracht:

„Ungehindert und ungehemmt feiert der rote Blutrausch in Preußen in den letzten Tagen Orgien wie noch nie. Organisierte Mordbanden des Untermenschentums, Terrortrupps des verbotenen Rotfront-Kämpferbundes, Rollkommandos der Eisernen Front stürzen sich, sobald sie in Uebermacht sind, bewaffnet auf friedliche SA.- und SS.-Männer, sowie Mitglieder der NSDAP. Kein Tag vergeht, ohne daß dieser rote Blutrausch mehrere Todesopfer fordert. Kein Tag vergeht ohne Dutzende schwerster Verletzungen. Die Polizei sieht diesen Terrorakten untätig zu oder entwickelt höchstens eine erfolglose Scheintätigkeit. Die roten Mörder und Landfriedensbrecher werden fast nie dingfest gemacht, während häufig die überfallenen Nationalsozialisten noch obendrein von Polizeiorganen zwangsgestellt werden. Durch Zulassung solcher Zustände macht die Führung der preußischen Schutzpolizei und der geschäftsführende preußische Innenminister sich mitschuldig an dem von den roten Terrorbanden vergossenen Blut.

Der Landtag wolle deshalb beschließen:

1.

Die Staatsregierung wird angewiesen, noch heute durch Polizeirundfunk sämtlichen Polizeiverwaltern schärfste Verfolgung roter Gewalttäter zur Pflicht zu machen.

2.

Das Staatsministerium wird angewiesen, sämtlichen Polizeiverwaltern anzukündigen, daß jeder Fall roter Gewalttätigkeit in ihrem Amtsbereich aufs strengste daraufhin untersucht wird, ob sämtliche Verfolgungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegenüber marxistischen Terrorbanden und ihren Angehörigen mit äußerster Gewissenhaftigkeit und Umsicht durchgeführt wurden, und daß gegen die Polizeiverwalter rücksichtslos Dienststrafverfahren mit dem Ziel der ruhegehaltlosen Dienstentlassung eingeleitet werden, falls sich herausgestellt, daß diese es an der nötigen Umsicht und Schärfe des Durchgreifens gegenüber marxistischen Terroristen fehlen ließen.

Mittwoch Reichsnotverordnung?

Berlin, 26. Juni. Der Reichskanzler von Papen hat bald nach seiner Rückkehr aus Genf den Reichspräsidenten aufgesucht, um ihm über den bisherigen Verlauf der Lausanner Konferenz und insbesondere über seine letzte Besprechung mit den französischen Staatsmännern Bericht zu erstatten.

Um 5 Uhr nachmittags fand eine Kabinettssitzung statt, die ebenfalls im wesentlichen außenpolitischen Fragen gewidmet war. Die bereits gestern begonnene Aussprache über die innerpolitischen Probleme ist heute morgen zu Ende geführt worden. Es ist als völlig sicher anzunehmen, daß der **Reichskanzler sein Einverständnis zu den Maßnahmen des Kabinetts und des Reichsinnenministers von Gayl** gegenüber den rebellierenden zentrümlich-marxistischen Länderregierungen erklärt.

Was den Konflikt mit den süddeutschen Regierungen angeht, ist die Rolle der aufrührerischen Länderregierungen, nachdem der Reichsregierung die dringend notwendigen Korsettstangen von anderer Seite eingesetzt worden sind, nur noch von zweitrangiger Bedeutung. Man sieht an zuständiger Stelle jedenfalls keinen Anlaß mehr, sich der Herren Held, Schmitt, Bolz und Adelung willen graue Haare wachsen zu lassen, da durch die für Mittwoch zu erwartende Reichsnotverordnung alles weitere veranlaßt wird.

Wesentlich bedeutsamer sind dagegen die Schritte, die

der Reichsinnenminister nach der Aufklärung,

die ihm am Freitag durch die nationalsozialistischen Vertreter aus Berlin und dem Ruhrgebiet über die **Ausmaße des kommunistischen Blutterrors** zuteil geworden ist, gegen den marxistischen Bürgerkrieg zu unternehmen gedenkt. Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß Herr von Gayl den nationalsozialistischen Vertretern in diesem Punkte Abhilfe innerhalb 24 Stunden bestimmt zugesagt hat.

Schluß mit Rotmord

Dr. Goebbels für radikale Bekämpfungsmaßnahmen politischen Terrors.

Berlin, 25. Juni. Auf einem Deutschen Abend, den der Gau Westen der NSDAP. Berlin am Sonnabend in Schlachtensee veranstaltete, sprach der Berliner Gauleiter Dr. Goebbels. Ein nationalsozialistisches Kabinett würde, so sagte er, **dem Spuk der roten Bürgerkriegshetze in 24 Stunden ein Ende gemacht haben.** Wenn es heute möglich sei, daß Nacht für Nacht im ganzen Reiche SA-Männer ihr Leben lassen müßten, daß von der Beisetzung eines ermordeten Kameraden zurückkehrende SA-Männer aus dem Gebäude des „Vorwärts" beschossen würden, daß der Polizeipräsident untätig zusehe, daß obendrein die NSDAP. noch des Mordes beschuldigt werde, und eine nationale Regierung dazu schweige, **so sei es an der Zeit, in Deutschland allerhand zu ändern.** Sei man im Ernst der Meinung, die Nationalsozialisten würden sich auf platonische Rundfunkreden beschränken? Die Anwendung radikaler Mittel gegen den Terror sei am Ende doch noch am christlichsten; es sei christlicher, das Unterweltsgesindel zu Paaren zu treiben und damit anständigen jungen Menschen das Leben zu sichern, als jenem freien Lauf zu lassen und ihm weiter Gelegenheit zu Mord und Ueberfällen zu geben.

Eine Stütze deutschen Volkstums

Danzig, 26. Juni. Das Deutschtum in den geraubten Gebieten hatte am Sonnabend durch die Einweihung der neuen Goethe-Schule in Graudenz einen großen Tag. Der prachtvolle Neubau ist vom Zentralverein für deutsches Schulwesen in Polen mit einem Kostenaufwand von drei Millionen Sloty erbaut worden. **Die Einweihung fand unter gewaltiger Anteilnahme der Deutschen aus allen Gegenden Polens und der Freien Stadt Danzig statt.**

Die polnische Bevölkerung hatte ihrem Unmut über die Eröffnung der deutschen Schule in der Nacht vor dem Fest dadurch Luft gemacht, **daß sie viele Deutsche belästigte, verschiedene Häuser von Deutschen in Graudenz beschädigt und beschmiert und Wohnungs- und Ladenfenster eingeschlagen hatte.**

Polnisches Militär provoziert in Danzig

Danzig, 26. Juni. Am Sonnabend abend ist es auf dem Danziger Hauptbahnhof, sowie auf dem Zoppoter Bahnhof wiederum zu neuen polnischen Provokationen gekommen. **Ein nicht angemeldeter polnischer Militärtransport, der sich auf der Durchfahrt von Dirschau nach Gdingen befand, hatte auf dem Danziger Hauptbahnhof einen längeren Aufenthalt.** Die polnischen Soldaten verließen den Zug und **sangen wiederum polnische Lieder auf dem Bahnhof und stießen Schmähruse aus.** Dasselbe Schauspiel wiederholte sich in Zoppot. Die deutsche Bevölkerung verhielt sich diesen erneuten polnischen Provokationen gegenüber besonnen und zurückhaltend.

Kommune will Truppenübungsplatz stürmen

Erfurt, 26. Juni. Einen neuen Anschlag auf den Truppenübungsplatz in Ohrdruf scheinen die Zentralen der KPD. in Thüringen geplant zu haben. In verschiedenen Radfahrkolonnen, die offiziell als Sternfahrten gemeldet waren, zogen sich die Teilnehmer aus allen Teilen Thüringens am Sonntag vormittag zusammen. Die Kriminalpolizei Erfurt wurde aber zur rechten Zeit von dem Unternehmen in Kenntnis gesetzt, und es gelang ihr, in einem Ort bei Erfurt größere Trupps Kommunisten auf dem Wege nach Ohrdruf festzunehmen. Bei ihrer Untersuchung stellte sich heraus, daß die Kommunisten außer Gummiknüppeln **auch Schußwaffen mit reichlicher Munition bei sich trugen.** Eine größere Anzahl Kommunisten wurde nach Erfurt in Polizeigewahrsam gebracht.

Aus dem „Vorwärts"-Gebäude beschossen

Berlin, 25. Juni. Am Sonnabendnachmittag gegen 17 Uhr passierten einige geschlossene Züge von Nationalsozialisten, die an der Beerdigung eines von Kommunisten ermordeten Parteigenossen kamen, den Belle-Alliance-Platz. Hierbei wurden sie aus dem Redaktionsgebäude des sozialdemokratischen „Vorwärts" unter Feuer genommen. Ein Nationalsozialist erhielt einen schweren Bauchschuß und mußte in das Urban-Krankenhaus geschafft werden.

Schuldner-Beratung!

Wer wird von seinen Gläubigern bedrängt? Wir verhandeln persönlich mit Ihren Gläubigern und erledigen für Sie unangenehme Wege.
Auskunft in allen Steuer- und Rechtsfragen kostenlos.

Beratungsstelle Mühle
Knochenhauerstraße 2, II Etg.

Vor der Entscheidung in Lausanne

Abreise des Reichskanzlers nach Lausanne

Berlin, 26. Juni. Reichskanzler von Papen ist Sonntag 16.22 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge wieder nach Lausanne abgereist.

*

Lausanne, 26. Juni. Der Sonntag ist in seinem äußeren Verlauf auf der Tributkonferenz außerordentlich ruhig verlaufen. Irgendwelche Zusammenkünfte oder Besprechungen zwischen den Führern der Abordnungen haben nicht stattgefunden. Innerhalb der deutschen Abordnung fanden jedoch fortlaufend eingehende Besprechungen und Beratungen statt, in denen die am Montag stattfindenden Sitzungen vorbereitet wurden.

Man ist sich auf deutscher Seite vollständig im klaren, daß man mit der auf Montag nachmittag festgesetzten dritten deutsch-französischen Sitzung in den entscheidenden voraussichtlich abschließenden Abschnitt eintreten wird. Nachdem die ersten zehn Tage der Konferenz ausschließlich dazu gedient hatten, die tatsächliche Notlage der deutschen Finanzen und Wirtschaft darzustellen, stehen nun die unmittelbaren Entscheidungen bevor. In der Montag-Sitzung wird die deutsche Abordnung nochmals die Unmöglichkeit weiterer deutscher Tributzahlungen erklären. Damit sind unmittelbare Entscheidungen jetzt nicht mehr weiter hinauszuzögern. Welchen Standpunkt die französische Regierung einnehmen wird, ist bisher noch völlig unklar, da in sämtlichen bisherigen Verhandlungen die französische Regierung in keiner Weise zu verstehen gegeben hat, welches ihre endgültigen Forderungen sind. Die kommenden Tage der nächsten Woche werden auf der Tributkonferenz jedenfalls von außerordentlicher Tragweite sein. Ueber den Ernst der Lage und die jetzt bevorstehenden entscheidenden Kämpfe ist man sich auf deutscher Seite völlig im klaren. Die Reichsregierung hält nach wie vor an ihrem Standpunkt fest und wird diesen auch weiterhin mit allem entscheidenden Nachdruck vertreten.

8 Verletzte in Berlin

Berlin, 26. Juni. In der Nacht zum Sonntag und im Laufe des Sonntag ist es in Berlin mehrfach zu politischen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten, Reichsbannerleuten und Kommunisten gekommen. **An verschiedenen Stellen wurden von Kommunisten Schüsse abgegeben und die Fensterscheiben nationalsozialistischer Verkehrslokale eingeworfen.** Insgesamt wurden acht Personen verletzt, darunter ein Polizeibeamter.

Antifa-Führer getötet.

Landsberg (Warthe), 26. Juni. In der Nacht zum Sonntag wurde der Führer des anti-faschistischen Kampfbundes nach Verlassen des Verkehrslokals der KPD. von unbekannten Tätern erschossen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Ueberfall auf nationalsozialistische Verkehrslokale

Chemnitz, 26. Juni. In Rußdorf bei Limbach kam es am Sonntag zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern, bei dem eine Person getötet und dreizehn verletzt wurden.

Ein größerer Trupp Reichsbannerleute und Kommunisten überfielen zwei Verkehrslokale der Nationalsozialisten in Rußdorf. Die Ueberfallenen setzten sich teilweise mit Schußwaffen zur Wehr, wobei ein Kommunist getötet und ein weiterer durch einen Beckenstechschuß schwer verletzt wurde. Zwölf Personen, darunter fünf Nationalsozialisten, wurden leichter verletzt. Ein Ueberfallkommando aus Chemnitz stellte die Ruhe wieder her.

700-Jahrfeier Oranienburgs

Oranienburg, 26. Juni. Berlins Nachbarstadt Oranienburg stand am Sonnabend und Sonntag unter dem Zeichen der 700-Jahrfeier. Im Jahre 1232 war ihr, die damals noch den Namen Boetzow hatte, das sogenannte Spandauer Stadtrecht verliehen worden. Den Namen Oranienburg führt die Stadt erst seit dem Jahre 1652 nach der Gemahlin des Großen Kurfürsten Luise Henriette, einer geborenen Prinzessin von Oranien, die sich hier ein Schloß hatte bauen lassen.

Den Höhepunkt erreichte das Fest am Sonntag mit dem Festzug, der unter dem Motto „Einst und jetzt" zusammengestellt war. Der Zug, der etwa eine halbe Stunde lang war und dessen Vorbeizug auch durch gutes Wetter sehr begünstigt wurde, fand bei der riesigen Anteilnahme der Bevölkerung großen Beifall. Die Feier endete mit einer festlichen Beleuchtung der ganzen Stadt.

Niederlage des Schulmarxismus

Berlin, 26. Juni. In Groß-Berlin haben am Sonntag die Elternbeiratswahlen stattgefunden. Wie vor zwei Jahren, wurde auch diesmal der eigentliche Kampf nur zwischen drei Listen ausgefochten. Die Wahlbeteiligung ist gegenüber den Wahlen des Jahres 1930 etwas gestiegen, sie betrug durchschnittlich 45 v. H. Nach den bis 10 Uhr abends vorliegenden Wahlergebnissen von 307 evangelischen Volksschulen haben erhalten: die christlich unpolitische Liste 2400 Sitze, die sozialistische Liste Schulaufbau 584 Sitze, die kommunistische Einheitsliste 314 Sitze, andere Listen 68 Sitze.

100 Verletzte in Antwerpen

Antwerpen, 26. Juni. Bei Zusammenstößen zwischen wallonischen und flämischen Frontkämpfern in Antwerpen sind rund 100 Personen **verletzt worden.** 120 Personen wurden von der Polizei verhaftet.

Bertram und Klausmann ermordet?

London. „Times" melden aus Windham, da einem Bericht von australischen Eingeborenen zufolge ein wilder Eingeborener die verschollene deutschen Flieger Bertram und Klausmann an einer Stelle im Busch in der Nähe des Flugzeuges „Atlantis" mit einem Speer getötet habe. Von Windham sei eine Polizeiabteilung unterwegs, um das Gerücht nachzuprüfen. Ferner sei eine Suchabteilung von der Forest River Mission ausgesandt worden, um an der Küste nach den deutschen Fliegern Nachforschungen zu halten.

Minister a. D. Scholz gestorben

Berlin, 27. Juni. Reichskanzler a. D. Dr. Ernst Scholz, der frühere Führer der Deutschen Volkspartei, ist, wie der „Montag" berichtet, nach längerem Kranksein in den Abendstunden des Sonntags in Berlin gestorben.

„Angriff" auf 5 Tage verboten

Bernhard Weiß rächt sich

Berlin, 25. Juni. Das Berliner nationalsozialistische Abendblatt „Der Angriff" ist wegen des in seiner letzten Nummer erschienenen Artikels über den Polizeivizepräsidenten Weiß für 5 Tage verboten worden. Die letzte Nummer des „Angriff" ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

Der „Angriff" hatte die im Landtag zur Sprache gekommene Spielbankangelegenheit, über die Herr Bernhard Weiß im sogenannten Chikago-Ausschuß wird Rechenschaft ablegen müssen, der Oeffentlichkeit unterbreitet. Die Herren Grzesinski und Weiß haben mit einem Verbot geantwortet. **Damit ist der Skandal erst recht groß;** denn wir sind nach den ganz konkreten Vorwürfen durchaus nicht überzeugt, daß Herr Bernhard Weiß aus der Affäre mit weißer Weste hervorgehen wird. Es wird allerhöchste Zeit, daß dieser Staatsbürger jüdischen Glaubens endlich geht oder gezwungen wird.

Letzte Drahtnachrichten

Deutscher Fackelzug von Tschechen überfallen.

Prag, 27. Juni. In der norwestböhmischen Stadt Dux kam es am Sonntag anläßlich eines deutschen Gauturnfestes zu schweren Zusammenstößen. Während eines Fackelzuges wurden die Teilnehmer des deutschen Gauturnfestes plötzlich von Tschechen mit einem Steinhagel überschüttet. Es gelang dadurch, die letzte Gruppe des Zuges vom Hauptzug abzuschneiden. Unter höhnischen Zurufen hieben die tschechischen Angreifer mit Messern, Schlagringen und Stöcken auf die überraschten deutschen Turner ein, die sich mit der Faust und den Fackeln zur Wehr setzten. 24 Turner wurden verletzt, darunter drei schwer.

Der König von Siam wieder in Bangkok.

London, 27. Juni. Der König von Siam ist in Begleitung seiner Gemahlin wieder nach Bangkok zurückgekehrt. Er empfing die Vertreter der „Volkspartei", die den Verfassungswechsel durchgeführt hat, und erklärte sich grundsätzlich bereit, die konstitutionelle Monarchie anzunehmen. Inzwischen unterzeichnete der König eine Verordnung, die allen Maßnahmen der Volkspartei Gesetzeskraft gibt. Die gefangenen Prinzen werden erst freigelassen werden, wenn die neue Regierung ihr Amt antritt. Um weitere Beunruhigungen zu verhüten, sind alle Straßen und Plätze Bangkoks mit Militär besetzt. Tanks und Panzerwagen fahren durch die Stadt.

Katholikenfeindliche Kundgebungen in Ulster.

London,, 27. Juni. In Ulster (Nordirland) kam es am Sonntag in Verbindung mit katholikenfeindlichen Kundgebungen verschiedentlich zu schweren Ueberfällen auf Teilnehmer des Eucharistischen Kongresses, die mit Sonderzügen zu der großen Schlußfeier nach Dublin abreisten. In Ballymena hatten sich am Sonnabend abend mehrere Hundert Anhänger der Orange-Partei eingefunden. Als die etwa 300 Teilnehmer des Eucharistischen Kongresses erschienen, wurden sie mit Flaschen, und Steinen beworfen. Mehrere Personen wurden schwer mißhandelt.

In Larne wurden abreisende Kongreßteilnehmer ebenfalls von Orangeleuten mit Steinen beworfen. Etwa 10 Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Die Lage in Deutsch-Südwest

Freunde unseres Blattes stellen uns einen ausführlichen Brief Swakopmunder Geschäftsleute zur Verfügung, dem wir folgendes entnehmen:

Lange Jahre unter englischer Mandatherrschaft liegen nun schon hinter uns, und wir haben uns an viele Gesetze und neue Sitten gewöhnen müssen, wie es nun einmal in einem Lande unter fremder Regierung nicht anders ist. Allgemein veranschaulicht, können wir wohl zufrieden sein, schon allein, wenn man sich vor Augen führt, welch schwere Zeit unser deutsches Vaterland hinter sich hat, und welche Sorgen und Lasten immer wieder erneut an das Volk herantreten. Ein trauriges Kapitel ist wohl die Arbeitslosigkeit, die heute besonders Platz gegriffen hat. Leider hat Arbeitsmangel in unserem Lande auch unwillkommenen Einzug gehalten, und Südwest macht in der ganzen Weltdepression keine Ausnahme.

Bis vor ca. zwei Jahren kannte man Arbeitslosigkeit bei uns nicht, im Gegenteil war immer eine gute Verdienstmöglichkeit geboten. Unsere großen Diamantenbetriebe haben schon zu Beginn des vorigen Krieges ihre Tätigkeit eingestellt, da Diamanten auf dem Weltmarkt nicht abzusetzen sind. Hunderte von weißen Leuten sind dadurch brotlos geworden. Zudem mußten Zinn- und Kupferminen ihre Betriebe einstellen, da der Erlös für diese Erze auf dem europäischen Markte so niedrige Preise erzielte, daß sich der Abbau nicht mehr lohnt. So stehen Millionenanlagen im Lande und können nicht ausgenutzt werden, und es besteht auch gar keine Aussicht, daß man eine Besserung dieser Lage in nähere Erwägung ziehen könnte. Für unsere Landeserzeugnisse ist kein Absatz vorhanden, und ergibt sich hieraus für unsere Farmerschaft eine wirklich bedrängte Lage. Für den geringen Bedarf im Lande sind die Preise so zurückgegangen, daß von einer Rentabilität nicht mehr die Rede sein kann, und vegetieren ist dafür noch zu günstig bezeichnet.

Zudem läßt der Regen in diesem Jahre wieder auf sich warten, und die Lage droht katastrophal zu werden, wenn der Himmel nicht bald Erbarmen hat. Regen bedeutet für uns alles, ohne Regen hat der Farmer keine Weide und kein Wasser für sein Vieh, und die Trockenheit fordert immer viele Tausende Opfer. In einzelnen Distritten hat es etwas geregnet, das sind aber alles Tropfen auf heiße Steine. Der Norden, der sonst allgemein mehr vom Regen begünstigt war, hat in diesem Jahre fast noch gar keinen Regen gehabt, und die Maisernten sind ganz außer Frage gestellt. Die Farmer im Norden treiben außer Viehzucht auch Ackerbau und hatten natürlich ihre Felder wie üblich bestellt, aber der Regen, der sein Uebriges dazu tun muß, ist ausgeblieben, und nun ist es für den Ackerbau zu spät, da in der jetzigen Zeit die Nächte schon kalt werden. Gewöhnlich bringt der März noch guten Regen, und wir wollen daher die Hoffnung aufrecht erhalten, daß diese Sorgen an uns vorüberziehen. Das Jahr 1930 bleibt unvergeßlich für das Land, seit Jahrzehnten hatte man eine solche Trockenheit nicht erlebt, wie in dem Jahre beschieden war. Die ältesten Ansiedler können sich an eine solche Zeit kaum erinnern. Das Vieh — Rindvieh, Pferde und Schafe — sind zu Tausenden verendet, die Farmer sind von ihren Farmen gezogen, um bessere Weide für ihre Herden zu suchen, zu der sie tagelange Trecks unternehmen mußten und doch große Verluste nicht abstellen konnten. Das letzte Jahr war wieder vom Regen sehr begünstigt, aber die Fehlschläge vom vorhergehenden Jahre brauchen lange Zeit, um sie wenigstens materiell vergessen zu machen, für manche Farmer bedeuten sie den Ruin: jahrelange harte, zähe Arbeit war mit einemmal für umsonst gewesen.

Die geschäftliche Lage ist unter den obwaltenden Verhältnissen äußerst in Mitleidenschaft gezogen, was sich schon daraus ergibt, daß der Import weit über die Hälfte zurückgegangen ist und die Zolleinnahmen auf einen Bruchteil von den früheren Einnahmen stehen. Kaufmännische und gewerbliche Betriebe haben ihr Personal reduziert und für die noch beschäftigten Angestellten die Gehälter teilweise um 40 und 50 Prozent gekürzt. Liquidationen und Konkurse, früher eine ganze Seltenheit, heute nichts Ueberraschendes, sind das Wahrzeichen der Zeit. Die Administration hat Notstandsarbeiten eingerichtet, um den Erwerbslosen die Möglichkeit zu geben, einen ganz bescheidenen Unterhalt zu verdienen. Die Leute arbeiten an Wege- oder Dammbauten und verdienen pro Tag 4 und Verheiratete 5 Schilling. Bei unserem hohen Lebensstandard bedingt dieser Lohn das Mindestmaß zum täglichen Brot. Durch Spendungen und Sammlungen wird eine Unterstützung der schuldlos arm gewordenen Leute bisher erfolgreich begünstigt, wie lange aber das Liebeswerk noch so durchgeführt werden kann, ist auch eine Frage der Zeit. Wie sich die Verhältnisse im Laufe dieses Jahres noch entwickeln, hängt nicht zuletzt von uns allein ab, die Weltdepression muß ein anderes Gesicht zeigen um bessere Zeiten über sich kommen lassen.

Zu den vielen ernsten Fragen in unserem Südwest hat sich in letzter Zeit das ernste Thema angereiht: „Goldwährung oder nicht?" Die Unionsregierung ist entschlossen, bei der Goldwährung zu bleiben. Der Finanzminister der Union hat kürzlich in einer langen Rede über die Währungsfrage ausdrücklich die Entschlossenheit der Regierung festgestellt, von der Goldwährung auf keinen Fall abzuweichen. Die Gegenpartei (SAP.) möchte aber gern dem Beispiel Englands folgen und behauptet, teilweise natürlich nicht unberechtigt, daß die Notlage der Union dadurch gehoben würde, und vor allen Dingen die jetzige Ausfuhrstockung durch Abgehen vom Goldstandard wieder in geregelte Bahnen geleitet wird.

Ich habe nun versucht, Ihnen in ganz großen Umrissen einen Einblick in die Südwester Verhältnisse zu geben und hoffe, damit Ihren Wünsche gerecht geworden zu sein. Es gibt über Südwest viele schöne Bücher, darunter ich Ihnen ein Buch „Verlorene Heimat" von Wilhelm Matenklodt, einem früheren Farmer und Jäger von Südwest, empfehlen möchte, das in seiner Art viel Interessantes von Land und Leuten und auch Krieg und Frieden zusammenfaßt.

Korruption ist Trumpf!

Skandalprozesse sind in den letzten Jahren große Mode geworden; es soll von uns gewiß nicht behauptet werden, das wäre vor dem Krieg nicht der Fall. Gewiß, damals aber verschwanden die Schuldigen sang- und klanglos. Die heutige Ehrauffassung jedoch scheint so lädiert, daß die „Gesellschaft" an einem oder mehreren Betrugen gar nichts mehr findet. Ein besonderes Kapitel ist die Pressekorruption. Es existieren in Deutschland eine Reihe von Blättern, meist „wirtschaftliche Fachzeitungen", die auf gut deutsch gesagt, von der Erpressung leben, oder sich für ihre Meinung bezahlen lassen. Vielleicht oder sicher ist das eine Folge der liberalistischen Parlamentswirtschaft. Eine besondere Blüte ist der „Industrie-Kurier", der in Berlin von zwei Ehrenmännern neudeutscher Kouleur herausgegeben wird. Wer sich vertrauensvoll an dies „Wirtschaftsblatt" wendet, um der Oeffentlichkeit irgendwelche Mißwirtschaft in größeren Gesellschaften mitzuteilen, wird hier schnöde um sein Material betrogen. Die Herren begeben sich einfach zu den Gesellschaften hin, wo nicht alles stimmen soll und kassieren hier „Schweigegelder", sei es durch Insertionsaufträge oder Massenbestellungen u. a. Im Devaheimprozeß jener Pastoren, die sich allzu streng ans alte Testament hielten, kam es heraus, daß diese famose „Wirtschaftszeitung" rund 40 000 RM. Schmiergelder erhielt. Das ist nicht die einzige melkende Kuh gewesen. Auch bei manchen halbamtlichen Werken, u. a. den Reichselektrowerken, sollen diese Pressehyänen erfolgreich gerast haben.

Aus dem Sumpf

Die Verschleppung des Stinnesprozesses durch endlose Debatten der Verteidiger grenzt an einen Skandal; noch schändlicher aber ist die — man muß schon sagen bodenlose — Frechheit, mit der diese „prominenten" Verteidiger für ihre „unschuldigen" Mandanten den Freispruch fordern. Man hat in der letzten Zeit allerlei erlebt, was hier in einem deutschen Gerichtssaal dem Gericht geboten wird, spottet jeder Beschreibung. Es ist bedauerlich, und bezeichnend, daß dem Richter keine Möglichkeit gegeben ist, gegen solche „Rechts"-Anwälte einzuschreiten. In diesen moralischen Sumpf patzte die Art hinein, mit der ein Gauner die Schuld auf den anderen wälzt. Solange es ans Betrügen ging, hackte eine Krähe der anderen die Augen nicht aus. Jetzt will es niemand gewesen sein. Die übelste Rolle — abgesehen von dem galizischen Brüdertrio — spielen die städtischen Parteibeamten. Vergeblich fragt man sich, ob denn diese Leute, gerade weil sie vielleicht aus einfachem Stande waren, sich in dieser Gesellschaft an prassenden Tischen nicht schämten. Es gibt nur eine Lösung; die nämlich, daß die jahrzehntelange marxistische Verseuchung den Leuten die deutsche Gesinnung, das Ehrgefühl völlig zerbrochen hat.

Revolution in Siam

London, 26. Juni. Es bestätigt sich, daß eine Revolution in Siam zur Einführung einer **konstitutionell-monarchischen Verfassung** geführt hat. Nach dem königlichen Sommersitz Huahin ist ein Kriegsschiff abgesandt worden, um den 33jährigen König Prajadhipok, der sich augenblicklich mit der Königin dort aufhält, nach der Hauptstadt Bangkok zurückzubringen. Die Aufständischen haben in Bangkok das Gerichtsgebäude besetzt und zwei königliche Prinzen als Geiseln gefangen genommen. Auch der Polizeichef von Bangkok wurde verhaftet. Bisher ist der **Chef des Generalstabes das einzige Todesopfer des Aufstandes.**

Der Aufstand war von der Marine mit Unterstützung eines Teils der Armee durchgeführt worden, die eine neue „Volkspartei" gebildet haben, deren nunmehr erreichtes Ziel es war, den König seiner absoluten Macht zu entkleiden. Außerdem haben die Hintergründe der revolutionären Bewegung ihren Ursprung in der schweren Wirtschaftskrise, die das Land im Augenblick durchmacht. Zur Behebung dieser Krise wurden vor einigen Monaten Maßnahmen ergriffen, die in erster Linie in der **Entlassung einer großen Anzahl von Offizieren und Staatsbeamten** bestand, um auf diese Weise Einsparungen zu machen. Diese Maßnahmen haben in militärischen Kreisen große Unzufriedenheit ausgelöst, die schließlich durch wesentliche Steuerhöhungen auch in die Bevölkerung getragen wurde. Nichtsdestoweniger hatte man es bisher aber nicht gewagt, offen gegen den König, der in Siam als der Verteidiger des Glaubens verehrt wird, Stellung zu nehmen. Man sagt jedoch heute, daß König Prajadhipok seine Stellung untergraben habe, da er sich den Forderungen seiner Untertanen gegenüber oft zu nachgiebig gezeigt und sich dadurch gewisse Blößen gegeben habe. Den schwersten Fehler habe er begangen, als er sich zu Verhandlungen mit den entlassenen Offizieren über ihre Forderungen herabgelassen habe. Auch sei die **Finanzgebarung des Königlichen Hauses** nicht ganz einwandfrei gewesen, was in der Bevölkerung lebhafte Unzufriedenheit hervorgerufen habe. Die Lage sei schließlich fast unhaltbar geworden, so daß sich selbst der Finanzbeirat der Regierung, Sir Edward Cook, veranlaßt gesehen habe, sein Amt niederzulegen und dem König zu erklären, daß seine Anwesenheit in Bangkok überflüssig geworden sei.

Verschleierungsmanöver um den Bauhüttenskandal

Die marxistische Presse hat ein besonderes Verfahren, nach der Korruptionsfälle sozialdemokratischer Würdenträger verschleiert, bagatellisiert und schließlich durch dummfreche Gegenmanöver ins Gegenteil umgebogen werden sollen. Das Ende bildet eine Hetze gegen die Strafverfolgungsbehörden und Hand in Hand damit eine Offensive für die „unschuldigen Märtyrer", die wegen ihres „sozialdemokratischen Parteiempfindens" verfolgt werden. In den letzten Jahren hatte die SPD. hinreichend Gelegenheit, dies Manöver zu üben, denn die roten Korruptionsfälle schossen wie Pilze aus dem Boden. Nach dem gleichen Rezept versucht man den „Bauhütte-Skandal", die Devisenschiebung marxistischer Direktoren in Stettin zu behandeln. Zunächst wurde die Affäre als „Verleumdung" bezeichnet; als die Staatsanwaltschaft zugriff, handelte es sich um eine „Bagatelle" und nun sind die verhafteten Schieber bereits zu „Märtyrern" gestempelt. Man hat einen Schuldigen gefunden, einen ungarischen Juden, der nicht aufzufinden ist und dem man alles anzuhängen versucht.

So ging in auffallend diskreter Aufmachung kürzlich die Meldung durch die SPD.-Presse, daß die Angriffe gegen die „verdienten" Bauhütte-Devisenschieber von einem Juden Landau herrühren sollten, der das Material der nationalsozialistischen Presse und den Zollbehörden verraten haben soll. Dies Verfahren ist selbst für den eingefleischten Verdauer roter Zeitungslektüre verdächtig. Praktisch ist es ja gleichgültig, wer den Skandal an die Oeffentlichkeit brachte; wäre dies der gewisse Landau gewesen, dann müßte dieser immerhin recht gute Beziehungen zu der marxistischen Baugesellschaft gehabt haben. Bei einem solchen Subjekt — wie die SPD.-Presse den „Verräter" mit moralischer Entrüstung nennt — recht bezeichnend. Leider hat selbst dies Register ein Loch. Die Zollfahndungsstelle ist nämlich erst lange Zeit nach Einleitung des Verfahrens und Beschlagnahme des Bauhütte-Materials auf den Namen Landau gestoßen, hat also vorher von seiner Existenz keine Ahnung gehabt. Ebenso wie unsere Stettiner Zeitung, die „Diktatur", die erstmalig in den Sumpf hineinleuchtete. Wenn also an dem Juden Landau etwas daran sein sollte, so ist er der Komplize der verhafteten roten Devisenschieber Lüt und Genossen. Als solcher wird er ja auch gesucht!

Warum aber verschweigt die SPD.-Presse ihren Lesern, daß Schiebungen in Höhe von 500 000 RM. bereits laut Mitteilung der Justizpressestelle festgestellt sind und weitere Schiebungen von einer halben Million RM. an den Engländer Bennett ausgedeckt wurden. Mit der verschobenen Million hat es also seine Richtigkeit und es fragt sich nur, welche Schiebungen bei Verhaftung des Juden Landau herauskommen. — Auch die Entlastungsoffensive, die Hetze gegen die Untersuchungsbehörden hat im Bauhütte-Skandal bereits eingesetzt. Man versucht mit allen Mitteln die Genossen dem ordentlichen Richter in Stettin und dem zuständigen Staatsanwalt zu entziehen, um den Prozeß nach Berlin zu verschieben. Man wird darum weiter ein wachsames Auge haben müssen, damit der Skandal der Kaltstellung der Parmatstaatsanwälte keine Neuauflage findet. Das deutsche Volk verlangt, daß die Verbrecher, die Millionenbeträge auf Kosten der Notleidenden verschoben, exemplarisch bestraft werden!

Annexionsgelüste Frankreichs

Neue Wolken über der Saar.

Das Verhalten des „Friedensapostels" Herriot auf der Lausanner Konferenz hat im ganzen objektiven Auslande lebhaftes Befremden und Mißtrauen erregt. Dieser Vertreter einer „versöhnungsbereiten" Richtung in Frankreich hat ganz unumwunden zum Ausdruck gebracht, daß der französische Shylock selbst dann auf seinem Scheine bestehe, wenn Amerika die Kriegsschulden stunden bezw. streichen wolle. Deutlich kamen hinter den Floskeln der Lausanner Rede die immer weiter bestehenden Annexionsgelüste Frankreichs hervor. Diese Raubgelüste, auf die Deutschland ein wachsames Auge haben muß, werden durch die Tatsache bestärkt, daß unmittelbar vor Zusamentritt der Konferenz von Lausanne in Paris ein Schlag geführt wurde, der die deutsche Saar ins Herz treffen sollte. Die an sich bedeutungslose, allerdings von der französischen Schwerindustrie ausgehaltene „Saarvereinigung Frankreichs" (Association Francaise de la Saare") hat sich mit dem hyperchauvinistischen französischen Frontkämpferbund und einer mächtigen Gruppe im Senat zusammengetan und am 4. Juni ds. Js. in einer groß aufgezogenen Versammlung eine Entschließung gefaßt, die nicht mehr und nicht weniger als die Annexion des Saargebietes durch Frankreich fordert. Man verlangt in dieser, dem Kabinett Herriot offiziell überreichten Resolution, Deutschland solle die Saar herausgeben, d. h. also auf die Wiedervereinigung des abgetrennten Saarlandes verzichten, wenn es die Zahlung der Reparationen nicht leisten könne. Für die Reparationen solle es nicht nur alles Staatsgebiet und alle Eisenbahnen an der Saar verpfänden, sondern auch das Rückkaufsrecht an den Saargruben, das im Versailler Schanddiktat vorgesehen ist, verlieren. Wer die Lage kennt, weiß, daß diese Bedingungen eine glatte Auslieferung der Saar an Frankreich bedeuten.

Gegen ein solch schamloses Verlangen gibt es nur den schärfsten einmütigen Protest. Es bedeutet eine bewußte Ausnutzung, einen Mißbrauch der durch das Versailler Diktat und seine Nachfolger heraufbeschworenen Not in Deutschland, wollte man uns weitere Gebiete in gemeinster Art erpressen. Gerade dieser Raubversuch beweist, wie wenig das Völkerrecht, die Erhaltung des Friedens in Frankreich Beachtung finden. Im Osten will man uns Danzig, im Westen die Saar rauben; das sind die ersten Raubgelüste, die im Keime erstickt werden müssen, um den Herrschaften von vornherein den Appetit zu nehmen!

Die polnische Gefahr

Zum dreizehnten Male jährt sich am 28. Juni der Abschluß des Versailler Schanddiktats. Eine gerissene Propaganda, unterstützt von instinktlosem Krämerpack hat es verstanden, weite Kreise im Reiche darüber im Unklaren zu lassen, welch ungeheuere Gefahr Deutschland unmittelbar durch die unhaltbare Grenzziehung im Osten droht. Eine Vielzahl der brandenburgischen (!) Kreise ist unmittelbar schutzlos Polen preisgegeben. Sämtliche brandenburgischen Kreise östlich der Oder sind als Grenzgebiet anzusprechen; weiter gilt der Kreis Friedeberg als unmittelbares Grenzgebiet, der auf 30 Kilometer unmittelbar an Polen angrenzt, sowie jene Kreise, vor denen nur schmale Streifen der Reste der Provinzen Westpreußen und Posen vorgelagert sind, also die Kreise Arnswalde, Landsberg, Oststernberg und Züllichau-Schwiebus. Als unmittelbare Grenzgebiete müssen die großen Städte angesehen werden, die wirtschaftlich mit dem Grenzgebiet verbunden sind: Landsberg-Warthe, Frankfurt-Oder und Küstrin. Die entfernteren Grenzgebietkreise Soldin, Königsberg (Neumark), Weststernberg und Crossen haben eine Größe von 510 996. Hektar mit 254 090 Einwohnern. Ueber die Bevölkerungsdichte in den Ostkreisen gibt folgende Aufstellung Auskunft:

Landkreise	Größe	Einwohner
Arnswalde	126 479 ha	44 618
Friedeberg	110 225 ha	54 586
Landsberg	116 594 ha	55 919
Oststernberg	112 024 ha	43 890
Züllichau-Schwieb.	91 075 ha	50 969

Frankfurt-Oder und Landsberg-Warthe zählen zusammen 114 442 Einwohner; die Kreise des weiteren Grenzgebietes Soldin, Königsberg (Neumark) West-Sternberg, Crossen umfassen eine Größe von 510 996 Hektar mit 254 090 Einwohnern. Das Ostgrenzgebiet ist im wesentlichen ausgesprochen landwirtschaftlich bestimmtes Gebiet; außer den beiden großen Städten Frankfurt und Landsberg sind in den 5 unmittelbaren Grenzkreisen nur 14 Städte vorhanden, die zusammen eine Einwohnerschaft von nur 67 239 haben. In den übrigen vier Landkreisen sind 17 Städte mit 90 867 Einwohnern. Unter ihnen ragt nur Küstrin, die ehemalige Festung, mit über 20 000 Einwohnern besonders hervor.

Ein irrsinniger Prozeß

Paris, 26. Juni. Das Zivilgericht von Péronne hatte sich vor kurzem mit einem Prozeß zu beschäftigen, den ein Einwohner von Athdes (im Somme-Bezirk) gegen den ehemaligen deutschen Kaiser als obersten deutschen Kriegsherrn angestrengt hatte und in dem er auf **Schadenersatz für den Tod seiner im Kriege von einer französischen Granate getroffenen Tochter klagte.** Die Klage gründete sich darauf, daß die Deutschen es versäumt hätten, die Zivilbevölkerung rechtzeitig aus der Ortschaft zu entfernen. Das Gericht hat nunmehr das Urteil gefällt und den Kläger abgewiesen. In der Begründung des Urteils heißt es, daß der ehemalige deutsche Kaiser nur als Vertreter des Deutschen Reiches verantwortlich gemacht werden könne. Da er diese Eigenschaft jedoch nicht mehr besitze, sehe das Gericht auch keine Möglichkeit, ihn zu belangen.

Die Reichspost als Schrittmacher der Warenhäuser

Die Vernichtung von Handwerk und Kleingewerbe ist im wesentlichen ein Ausfluß des Aufblühens der Warenhäuser, der fremdländischen Einheitspreisgeschäfte und der sozialdemokratischen Konsumvereine. Ehemals wurden die Warenhäuser als Neuschöpfungen bestaunt, ihre Gründer als schöpferische Kräfte angesehen. In Wirklichkeit war der **internationale Finanzkapitalismus Träger des Warenhausgedankens,** die Gründer meist vorgeschobene Knechte. Bankiers und jüdische Kapitäne von Bankgesellschaften suchten neben dem Geldverleih eine neue Art raschen Profits, und sahen sie im Umschlag minderwertiger, schnell unbrauchbar werdender Waren, zu deren Verschleiß die Einrichtung von Warenhäusern als richtig befunden wurde. Um das Ziel zu erreichen,, wenige Groschen des einzelnen rasch in derartige Summen zu häufen, daß sie kapitalistisch verwertet werden konnten, schuf man sich Schutztruppen. Eine der glänzendsten Schutztruppen zum Vorwärtstreiben des Warenhausprofitgedankens wurde in der Sozialdemokratie und ihren Begleiterscheinungen gesehen. Durch riesige **Zeitungsannoncen** wurde die marxistische Presse gekauft und so unfähig gemacht, im Hauptteil antikapitalistische Politik zu treiben. Im Gegenteil, die Riesenankündigungen im Annoncenteil zwangen vielfach die SPD.-Presse, noch werbende Artikel für die Warenhäuser im allgemeinen Teil aufzunehmen. **So wurde die breite Masse der sozialdemokratischen Anhänger und Mitglieder zu einer festen Kundschaft für die handwerks- und mittelstandsmordenden Warenhäuser.**

In Schulen ist sogar festzustellen, daß vielfach Lehrkräfte, die sich entweder der Tragweite ihrer Handlungsweise nicht bewußt sind, oder in marxistischer Einseitigkeit befangen sind, den Kindern Aufsätze über die segensreiche Tätigkeit der Warenhäuser aufgeben. Durch die Engstirnigkeit und Dummheit solcher Volkserzieher wird heute noch vielfach den Warenhausbetrieben Vorschub geleistet, und die Kinder werden in jungen Jahren schon zu Warenhausläufern erzogen. Wenn die armen Kinder wüßten, daß sie gleichzeitig dazu erzogen werden, durch Kauf im Warenhaus vielfach den Vater brotlos zu machen, sie würden, wenn sie das übersehen könnten, dieser Sorte von Erziehern etwas anderes sagen.

Der Schrumpfungsprozeß im gesamten Handwerk und Kleingewerbe hat inzwischen einen Grad erreicht, der nicht mehr zu überbieten ist. Bankrott folgt auf Bankrott, **ohne Unterschied der Art des Kleinhandels, während immer neue Warenhäuser entstehen und Warenhaustruste sich bilden. Im Interesse des Volkes und Staates hätte längst gegen diese Schmarotzer am Körper der deutschen Volkswirtschaft entscheidend vorgegangen werden müssen. Aufgabe der Kommunen und des Staates wäre es längst gewesen, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Die nationalsozialistischen Vertretungen in den Gemeinden, Ländern und im Reich haben vergeblich versucht, diese Entwicklung zu hemmen und die Warenhäuser aus dem Warenverteilungs-Prozeß auszuschalten. Die Systempolitiker aller Schattierungen verhinderten das. Die Zeit reift jedoch heran, wo dieses jahrelange Bemühen Erfolg haben wird.**

Ausgerechnet in diesem Zeitpunkt ging die **Deutsche Reichspost** unter Verwaltung ihres letzten Systemministers dazu über, den Warenhäusern Schlepperdienste zu leisten. Die Post trifft Abkommen, wonach die Warenhäuser die gekauften Waren in einfacher Weise mit Aufschriften versehen, dann fährt die Post vor und stellt die **Ramschsendungen an die Stadtkundschaft gegen geringes Entgelt zu.** Die Gebühren sind so niedrig, daß **die Warenhäuser ihren Wagenpark** mit Kraftfahrern usw. abbauen können. Probeweise wurde dieses Verfahren schon im Frühjahr eingeführt und soll nun auf Berlin und andere Städte ausgedehnt werden.

Die Reichspost geht hierbei von dem Gedanken aus, daß sie ihre Kräfte und Einrichtungen in ruhigen Stunden des Tages voll ausnutzen und jedenfalls auch davon, daß sie Arbeitskräfte, die sonst entlassen werden müßten, weiter beschäftigen kann. Soweit wäre der Gedanke ganz gut! Aber **die Entlassungen der Hilfskräfte in den Warenhäusern, die Außerdienststellung von Fahrzeugen aller Art, die Entlassung von Fahrern usw. schafft auf der anderen Seite mehr Elend, als bei der Post verhindert wird.** Darüber hinaus aber — und das ist das Entscheidendste — **wird die Post zum Schleppenträger des Warenhausprofitgedankens.**

Die deutsche Post, die im Dienst des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft stehen muß; befindet sich im Kranz der Zerstörer deutscher Volkswirtschaft. Das deutsche Volk hat ein Interesse an der Erhaltung jeder gesunden Arbeitskraft. Die finanzkapitalistische Auswirkung der Warenhäuser aber ist volkszerstörend, weil existenzvernichtend. Wenn alle Warenhäuser an einem einzigen Tage geschlossen werden, wird sich dies für die Volksgesamtheit in keiner Weise störend bemerkbar machen. Im Gegenteil, die dort brotlos Werdenden würden sofort im aufblühenden Kleinhandel und Gewerbe aufgenommen werden. **Es muß daher von der neuen Leitung der Deutschen Reichspost erwartet werden, daß sie dort, wo mit diesem Dienst begonnen ist, ihn sofort einstellt und auf jede weitere Ausdehnung verzichtet.** Neben der wirtschaftlichen Auswirkung dieser neuesten Postmaßnahme muß auch noch darauf hingewiesen werden, daß die Reichspost durch Förderung der Schacher- und Ramschgeschäfte in ihrem Ansehen bei Millionen von Menschen, die offen gegen das Warenhaussystem ankämpfen, herabgesetzt wird.

Die Ueberraschung:

Delmenhorst schlägt Bremen

6:4

Das Fußballwettspiel Delmenhorst gegen Bremen wurde gestern nachmittag im Rahmen der Bremer Wettkämpfe 1932 entschieden und brachte einen überraschenden Sieg der Delmenhorster Städtemannschaft. Der Torwart der Bremer, Brandt (Komet), war garnicht in Form, so daß zu einem gut Teil die Tore, die zur Niederlage führten, auf sein Konto zu buchen sind. Durch seine Versager wurde die Bremer Mannschaft, die in der ersten Halbzeit ein überlegenes Spiel bot (3:2 für Bremen), nach Schluß der halben Spielzeit, sichtlich verworren. Man sah zusehends, wie der günstige Stern der Hiesigen schwand. Auch in letzter Minute war nichts mehr zu retten. Die Mannschaften boten ein recht offenes Flach- und Zugabespiel. Dem Bremer Sturm kann letzteres besonders empfohlen werden. Der Halblinke Wittenbecher (Pol.) muß sich mehr auf Zugabe als wuchtige Alleingänge einstellen. Hüneke (Sportfr.) fiel im Mittellauf oft aus. Die Läuferreihe der Gäste hingegen, besonders Schütz (1900) war äußerst rührig und hat unzweifelhaft mit zum Erfolge ausgiebig beigetragen. Dem Schiri vom S. V. Werder ein Lob für seine sichere Spielleitung, die allgemein gut auffiel. Es ist also nicht nötig, daß sich ein Schiedsrichter durch Pfeifen wichtig macht.

*

Nach Anpfiff in 1. Minute fällt Tor 1:0 durch Kopfball, äußerst geschickt durch den Prigge (Sportfr.), Rechtsaußen, für Bremen. Die Bremer lassen leicht nach. Tore fallen hie und drüben oft in kurzer Minutenfolge. Halbzeit 3:2 für Bremen. Nach Halbzeit folgt Ueberraschung auf Ueberraschung. Das Delmenhorster Tor wird hart bedroht. Fabelhafte Abwehr, Vorstoß 3:3, Battel (DBW.) Halblinker, erhöht auf 4:3 für Delmenhorst. 5:3 folgt. Mahlstedt (Komet) köpft fabelhaft 5:4. Kommt der Ausgleich? Nein! 3 Minuten vor Schluß 4:6, Niederlage für die Bremer. Ein verdienter aber billiger Sieg der Delmenhorster. —in.

Was bringt der Sport?

Hertha-BSC. Berlin gegen BSV.

Heute abend

19.30 Uhr steigt auf dem Bürgerpark-Sportplatz das Gastspiel des Deutschen Fußballmeisters der Jahre 1930 und 1931. Seit beinahe sieben Jahren haben wir in Bremen auf dieses Ereignis gewartet, und hoffentlich gehen heute abend die hochgespannten Erwartungen in Erfüllung. Hertha-BSC. kommt in stärkster Besetzung, allerhöchstens die Mitwirkung von Ruch ist fraglich.

Der späte Beginn um 19.30 Uhr gibt jedem die Möglichkeit des Besuches. Der Wunsch der Vereinsleitung des BSV., daß die Plätze möglichst frühzeitig eingenommen werden möchten, sollte überall beachtet werden, damit die Abwicklung an der Abendkasse kurz vor Beginn des Spieles durchgeführt werden kann.

Sport in Kürze

Norddeutsche Vereinsmeisterschaften

Anläßlich der Norddeutschen Vereinsmeisterschaften im Gr. Vorsteler Stadion gewann die Polizei überlegen vor Eimsbüttel. Der Zehnkampfmeister Sievert erreichte 13,64 Meter im Kugelstoßen.

Deutscher Frauensieg über Frankreich

In der Leichtathletik siegten die deutschen Frauen mit 58 zu 41 Punkten in Wuppertal über die französischen Gegnerinnen.

Deutscher Europameister im Boxen

In Valencia wurde Adolf Häuser Europameister im Halbschwergewichtsmeisterschaftskampf über den Spanier Martinez nach 45 Sekunden Kampfdauer überraschend.

Bremer Wettkämpfe 1932

Keine große Ueberraschungen bei spannenden Einzelwettkämpfen.

Sonnabend abend und im Laufe des Sonntags wurden die Bremer Wettkämpfe für 1932 ausgetragen. Die Ergebnisse hielten sich durchschnittlich in der Höhe der Vorjahre. An leichten Ueberraschungen brachte am Sonnabend der 10 000 m Lauf einen Sieg Schmitts (Bremen 96). Zeit: 35:24,9 Min.) vor Köhler (BSV.) 35:31,4 Min., der als der Sieger im Vorjahre (Zeit: 35:57,4 Min.) seine Leistung noch verbessern konnte. Auch der 1500 m Lauf der Entscheidung für Herren wurde von Albert (Sportfreunde) mit 4:21,4 Min. im Vergleich zu den Vorjahren (1930: Sieger: Wellmann, Sportfreunde, Zeit: 4,21,8 Min.) noch erfreulich unterboten. Albert hat einen ausgezeichneten Stil im Langstreckenlauf. Der 5000 m Lauf war wieder eine sichere Angelegenheit für Timm, Fähr-Hammersbeck, der ein guter Dauerläufer ist, zumal er im 1500 m Lauf den zweiten Platz belegen konnte.

Unter den Jugendlichen mag Pleus SV. Werder als Favorit gelten, der den 1000 m Lauf f. Jugend A in 2:50,4 Min. vor Hecke MTV. Verden 2:53,5 Min. gewann. In den Stafseln wurden gute Zeiten beim 4×100 m Lauf (Sieger: Sportfreunde I. 45 Sek. (1931: Sportfreunde I. 45,1 Sek. 1930: Sportfreunde I. 45,9 Sek.) gelaufen. Enttäuschung durch Bünte und Ludwig (Sportfreunde), die ihres Sieges gewiß, einen äußerst laschen Endlauf boten. Zeit: 3:44,8 Min. (1930: 3:36,6 Min., 1931: 3:35,8 Min.) Die 4×1500 m Staffel sah die Sportfreunde knapp vor den 96igern im fabelhaften Endspurt der Schlußläufer beider Vereine in der beachtlichen Zeit von 18:29,6 Min. vor Bremen 96 (Zeit: 18,30,4 Min.) siegreich. (1930: Zeit: 18:51,8 Min., 1931: 18:43,7 Min.)

Unter den Frauen dominierten Fräulein Grieme (Sportfreunde) im Weitsprung 5,47 m, 100 m Lauf 13 Sek. Ihre Klubkameradin Frl. Boelen konnte gleichfalls 3 Siege an ihre Fahne heften und zwar, im Speerwurf: 29,12 m, Kugelstoßen: 10,06 m, 200 m Frauen-Entscheidung: 28,4 Sek.

Im Stabhochsprung wurde eine neue Höchstleistung in den Bremer Wettkämpfen durch Hammerich, Polizei, 3,30 m, aufgestellt und vom Publikum mit Recht beifällig aufgenommen. (1930 letzte Höchstleistung gleichfalls durch Hammerich 3,27 m.) In weiteren Konkurrenzen reichten die Leistungen nahe, manchmal bei weitem nicht an die Höhe der Vorjahre.

Weitere Einzelergebnisse zum Vergleich und nach ihrer Bedeutung gekürzt und Dreikampfergebnisse folgen morgen.

Aus der Umgegend

Stahlhelm-Sonnenwendfeier in Borgfeld.

Die Ortsgruppe Heimdall des Stahlhelm veranstaltete am Sonnabend auf dem Sportplatz Niedersachsen in Borgfeld eine Sonnenwendfeier, die sich eines großen Besuchs erfreute. Namentlich aus Bremen waren zahlreiche Mitglieder und Freunde des Stahlhelm erschienen. Platzkonzerte der Stahlhelmkapelle unter Leitung von Musikmeister Ferreau leiteten die Veranstaltung ein, und als sich der Abend über Wald und Feld senkte, fesselte das reizvolle Bild einer Lampion-Korsofahrt der Wassersportvereine auf der Wümme die Besucher. Ueberhaupt wirkte der Rahmen der Feier mit bengalischer Beleuchtung des Festplatzes und der Wümme-Ufer dekorativ, besonders die vom Jung-Luisen-Bund durchgeführten altdeutschen Fackeltänze, die starken Beifall fanden. Major a. D. Brickenstein hieß die Gäste, namentlich den Kommandeur des Bremer Bataillons mit seinem Stabe, Major Schellert, willkommen. Der Landesführer des Stahlhelms Augener, hielt die Festansprache.

Eine Stadt muß ihre Erwerbslosen hungern lassen

Hasbergen. Die Gemeinde Hasbergen konnte die fälligen Wohlfahrtsunterstützungen nicht auszahlen. Schließlich gelang es für einen Teil der Wohlfahrtserwerbslosen etwa 50 Prozent der Unterstützung flüssig zu machen und den bei den Wegearbeitern beschäftigten Erwerbslosen einen Teil ihres Lohnes auszuzahlen.

Gegen die Auflösung der Verdener Handelskammer

Nationalsozialistischer Urantrag im Preußischen Landtag.

Zur Frage der vom Handelsminister erwogenen Auflösung der Verdener Handelskammer und der Zuteilung ihres Gebietes an die benachbarten Handelskammern haben, wie uns aus Berlin gemeldet wird, die Abgeordneten Kube, Hinkler, Lohse, Haake, Heincke, Recknagel, sowie die übrigen Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion einen Urantrag nachstehenden Inhalts im Preußischen Landtag eingebracht:

„Das jetzt noch amtierende Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe will den Handelskammerbezirk Verden dem Handelskammerbezirk Hannover, Osnabrück und Wesermünde zuteilen. Der Handelskammerbezirk Verden erhob gegen diese Maßnahme in der am 9. Juni stattgefundenen Sitzung einstimmig Widerspruch, weil der Industrie- und Handelskammerbezirk Verden eine organische wirtschaftliche Einheit bildet und in keinen wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen Industrie- und Handelskammerbezirken steht. Durch eine solche einschneidende Maßnahme würden wirtschaftliche Zusammenhänge zerrissen und Erschwerungen und Nachteile für die Firmen des Industrie- und Handelskammerbezirkes Verden eintreten. Der Landtag wolle beschließen: Die vom Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe geplante Aufteilung des Industrie- und Handelskammerbezirkes Verden hat zu unterbleiben.

Weitere Stadtnachrichten

„Der Elefant von Bremen"

Ein Leser schreibt uns: Des Kolonialdenkma Enthüllung „auf Raten", wie es in der BNZ. passend stand, ist inzwischen auch noch eine En hüllung „auf Zeit" gefolgt. Die nun einmal zei gemäße Notverordnung zog sich derart in d Länge, daß die Drähte, die die Kästen mit de Inschriften verdecken, verrosteten und abrissen, daß dadurch eine „Teilenthüllung" stattfan Man konnte dort lesen: „Dem Verteidiger vo Ost-Afrika, unserer letzten Kolonie." Sonderbare weise wird uns hier etwas Unrichtiges „enthüllt" da Ost-Afrika die erste, 1884 erworbene deutsch Kolonie war, während die letzte Kolonie, Samo 1903 durch eine friedliche Auseinandersetzung m England und Amerika erworben wurde. Um ei Grabdenkmal für „unsere" Kolonien soll es si doch jedenfalls nicht handeln.

Deutsche Jugendherbergen, Ortsgruppe Breme e. V. Hauptversammlung 12. Juli 1932, 20.3 Uhr, Union, Wachtstraße, Klubzimmer 1. Jah resbericht, Kassenbericht, Anträge. — Neue Aus weise für 1932 in der Geschäftsstelle, Dechanat straße 15, 1. Etg.

Berliner Marktberichte

Gemüse Wirsingkohl Berl. Gärtnerware 50 kg bis 9, Blumenkohl je nach Größe 100 Kopf 2 bis 30, do. Suppen- 5—10, Mohrrüben junge 50 k 5—8, Kohlrabi Freiland Schock 1,—, Radiesche Schockbd. 0,75—1,25, Meerrettich 50 kg 55—6 Petersilie grün je nach Größe 100 Bd. 5—10, Sala Freiland je nach Größe 100 Kopf 2,5—6, Spina 50 kg 7—11, Pfefferlinge 53—35, Gurken Treibh I 100 Stück 10—13, do. II 7—8, do. III 4—6, Ede Cham-pignons Treibhaus weiß la 120—140, Scho ten 7—9, Tomaten Treibhaus la 38—40, do. II 30—34, do. IIIa 20—22, Rhabarber Freiland 1,5—2

Obst Apfel amerik. Kiste 9—13, do. austral. r bis 15, Kirschen süße hiesige la 50 kg 15—18, d Ila 12, do. Werder la 15—18, do. Werder II 10, Stachelbeeren unreife 12—14, do. holländ. 1 bis 12, Walderdbeeren 40—60, Erdbeeren hiesig la 28—33, do. Ila 20—25.

Rundfunk

Montag, 27. Juni. 16 Deutsche Jugendstund 16.30 Nachmittagskonzert. 17.30 Das religiö Erlebnis der Völker. 17.55 Das bunte Programm 18.35 Stunde der Werktätigen. 18.55 Frankfurte Abendbörse. 19 Aktueller Dienst. 19.15 Wetter dienst. 19.20 Die sieben Steinhäuser. 20 Hol ländisches Konzert. 22.30 Nachrichtendienst.

Dienstag, 28. Juni. 5.45 Landwirtschaftsmel dungen. 6 Morgengymnastik. 6.15 Wetterdiens 6.20 Morgenmusik. 7 Zeitangabe. 8.15 Haus frauenfunk. 10.50 Vorberichte, Nachrichtendiens 11.30 Mittagskonzert. 12 Zeitangabe. 13 Bör senfunk. 13.10 Wetterdienst, Kriminalmeldungen 13.15 Schallplattenkonzert und Funkwerbung. 1 Nachrichtendienst. 14.10 Potpourris. 15 Börsen funk. 15.40 Schiffahrtsfunk.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verant wortlich für den redaktionellen Teil: Hanskar von Sichart; für den Anzeigenteil: W. Kastens sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer National sozialistische Zeitung. — Für unverlangt ein gesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rück sendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mi Quellenangabe gestattet.
Rotationsdruck: Weser-Druckerei Bremen.

Massen-Wahlkundgebung
Freitag, 1. Juli 1932, 20.30 Uhr
spricht im
Kaffee Flora
Gröpelingen
Pg. Studentkowski MdL., Leipzig
über
Das Papen-Kabinett eine Nazi-Regierung?
Abrechnung mit dem marxistischen Arbeiterbetrug!
N.S.D.A.P., Sekt. Westen
Eintritt 0.30, Erwerbslose 0.10 (nur an der Abendkasse)

Stadttheater
Heute
Montag, 27. Juni, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii
Große Operette in 3 Akten
Dienstag, 28. Juni, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii
Mittwoch, 29. Juni, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii
Donnerstag, 30. Juni, 20 Uhr Die Blume von Hawaii
Freitag, 1. Juli, 20 Uhr Die Blume von Hawaii
Sonnabend, 2. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii
Sonntag, 3. Juli, 20 Uhr: Die Blume von Hawaii
Der Vorverkauf für alle Vorstellungen bis einschließlich Sonntag, den 3. Juli, hat begonnen. Kassenstunden täglich von 10.30 bis 13.30 und 17.30 bis 19.30 Uhr.

Mietgesuche
Bund deutscher Mädel in der Hitler-Jugend sucht größeres Heimzimmer
Angebote unt. B. d. M. a. d. Geschäftsst.

Zu vermieten
Ger. sonn. I. Etage 3 Zimm., K., Balk., 60.—, z. 1. 10. Näh. Haltest. St. Jürgenst. Ang. u. E 496 b. V.
Freundlich möbl. Zimmer m. fließ. Wasser sof. a. einen Herrn abzg. Lützowerstr. 76

Stellenangebot
Werber für leichte Reisetätigkeit ges. Mögl. Pg. Sofort Geld! Graf Moltkestr. 3

Frauen od. Mädchen für einfache Häkelarbeit dort ges. Anfragen an N. Reiter, Handarbeiten en gros, Mannheim F 7.24

Verschiedenes
Ein Gebiete Wirte fragen vorher aller Art Lamp
Das Spezialhaus für komplette Gaststätten-Einrichtungen
Birkenstr. 3, D. 23111

Die wirklich guten Brasil-Zigarren kaufen Sie bei Pg. Erich Ochsendorf Zigarrenhaus Habehag Herdentorsteinwg. 12, neben Regina

Fahrschule Edmund Will Georgstraße 65 Roland Nr. 7341

Fuhrgeschäft Pg. Nothdurft fährt alles! Spez.: Umzüge Grenzstraße 208 Tel. Weser 810 22.

Inseriert in der BNZ

Länderkampf Holland-Norddeutschland
Die holländische National-Mannschaft gegen Norddeutschlands Elite
8 internationale Kämpfe vom Fliegen- bis zum Schwergewicht
Sonntag, 3. Juli, vormittags 11 Uhr, Dauer: 2 Stunden.
Nordwestdeutscher Amateur-Boxverband Weser-Stadion
Auskünfte: Stadion-Verwaltung, Hansa 406 73.

Aus Bremen Stadt und Staat

Heil deutschem Wort und Sang!

„Wo die Weser rauscht, wo die Heide blüht, vom Harz bis zum Nordmeer" und weiter in allen deutschen Gauen warben am Sonntag die deutschen Sänger im öffentlichen Freisingen für das deutsche Lied. In Weiterführung der beachtlichen Erfolge, die der Deutsche Liedertag in den Jahren 1930 und 1931 erzielte, warben die Sänger auch in diesem Jahre dem schönen und wichtigen Kulturfaktor neue Freunde, neue Jünger. Es war vorgesehen, schon an diesem Sonntage hier und da sogenannte Frankfurter Chöre zu singen, d. h. Chöre, die auf dem großen Bundesfängerfest in Frankfurt a. Main gebracht werden, das im Juli stattfinden wird.

Auch in Bremen hatten sich u. a. vor dem Lloyd-Abfertigungsgebäude an der Gustav-Deetjen-Allee zahlreiche Sänger eingefunden, um mit ihren Vorträgen eine beachtliche Menschenmenge zu erfreuen. Der Dirigent wies in mit Beifall aufgenommenen Worten auf die 700jährige Geschichte des deutschen Volksliedes hin, das aus dem Volke für das Volk geboren sei. Heute mehr denn je hätte es seine Bedeutung als einigendes Moment und als ein Kulturgut, das uns wenigstens für Stunden über die geistigen und materiellen Nöte des Lebens hinaushebt. Begeisterten Beifall fanden die gesanglichen Darbietungen, die ihren erhebenden Abschluß in dem Heilruf auf das Deutsche Lied fanden.

Deutscher Kolonialverein. Die Einweihungsfeier des **Deutschen Kolonial-Ehrenmals** findet am Mittwoch, 6. Juli, vorm. 11 Uhr statt. Karten stehen nur in beschränkter Zahl zur Verfügung. Die Mitglieder werden gebeten, sie rechtzeitig anzufordern.

Die Bremische Beamten- und Baugenossenschaft, e. G. m. b. H., in Bremen (Staderstr. 70), die bereits moderne abgeschlossene Wohnungen für Beamte und Behördenangestellte hergestellt hat, ist nunmehr von der Finanzkommission des Senats als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkannt worden.

Neuer Roman

Wir beginnen heute mit dem Abdruck unseres neuen Romans von Wilhelm Möller-Crivitz „Der Sohn der Furcht". In packenden Bildern wird vor den Augen der Leser der Film eines Menschenlebens abgerollt. Wir sehen, wie der Held in unserer Erzählung durch den Argwohn seiner Umgebung von Stufe zu Stufe hinabgetrieben wird, bis ihn sein ungewisses Schicksal ereilt. Es wird wohl kaum jemanden geben, der dieser, in hinreißender Form geschilderten Entwicklung sein tiefes Mitgefühl versagen kann.

Ab 1. Juli:

Die neuen Paßvorschriften

Am 1. Juli 1932 treten die neue Paßbekanntmachung sowie die neue Paßgebühren-Verordnung in Kraft. Beide Verordnungen enthalten gegenüber den jetzt geltenden Bestimmungen verschiedene Aenderungen. Auf die wichtigsten neuen sowie alten Vorschriften sei im folgenden hingewiesen:

1. Der Paß

A. Für Reichsangehörige

Reichsangehörige bedürfen zum Betreten und zum Verlassen des Reichsgebietes eines Passes. Reisepässe (Gebühr 3 RM.) werden als Einzelpässe oder Familienpässe ausgestellt. Familienpässe können Ehegatten sowie Eltern oder Elternteile mit ihren Kindern unter 15 Jahren und, wenn es sich um Auswanderer handelt, mit ihren minderjährigen Kindern auch über 15 Jahren zu gemeinschaftlichen Reisen ausgestellt werden. Die nachträgliche Aufnahme von Kindern in einen Paß ist zulässig, hingegen die der Ehefrau in den Paß verboten. Familienpässe können von den Ehegatten, den Eltern und den Elternteilen auch zu Einzelreisen benutzt werden. Das im Reisepaß anzubringende Lichtbild des Paßinhabers muß aus neuerer Zeit stammen und Gleichheit der dargestellten Person mit dem Paßinhaber zweifelsfrei erkennen lassen. Die Verwendung von Photomaton-Lichtbildern ist zulässig, wenn sie seitenrichtig sind. Lichtbilder, die bereits einen Stempel oder den Teil eines Stempels tragen, dürfen nicht verwendet werden. Reisepässe werden auf die Dauer von 5 Jahren ausgestellt, wenn nicht besondere Umstände die Ausstellung auf eine kürzere Zeit geboten erscheinen lassen. Eine Verlängerung über 5 Jahre hinaus ist unzulässig. Für Kinder unter 15 Jahren gilt an Stelle eines Passes ein amtlicher Ausweis als Paßersatz. Bei Kindern über 10 Jahren muß der Ausweis mit einem Lichtbild versehen sein. Wenn Kinder unter 15 Jahren nach ausländischem Recht eines Passes bedürfen, so erhalten auch diese einen Einzelpaß. Die europäischen Staten erkennen Kinderausweise regelmäßig an; in einigen Staaten, z. B. Italien, Lettland, Polen und der Türkei ist jedoch damit zu rechnen, daß auch von Kindern unter 15 Jahren Pässe gefordert werden. Für den **gemeinschaftlichen** Grenzübertritt von Personengruppen können bei ihrer Aus- und Wiedereinreise die Landeszentralbehörden (in Bremen die Polizeikommission des Senats) Sammellisten als Paßersatz ausstellen. Oertlich zuständig für die Ausstellung dieser Sammellisten ist die Behörde, in deren Bezirk die Mehrzahl der Reiseteilnehmer ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt oder die Stelle, welche die Reise veranstaltet (Verein, Reisebüro), ihren Sitz hat. Die Voraussetzung für Sammellisten als Paßersatz wird in der Regel als erfüllt anzusehen sein, wenn es sich um Jugendwanderungen, Studienreisen, Verbringung von Kindern an ausländische Erholungsplätze, Teilnahme an heimatkundlichen, religiösen oder ähnlichen Veranstaltungen handelt. Sie kann auch bei sportlichen Veranstaltungen gegeben sein, namentlich dann, wenn diese im Vereine mit deutschstämmigen Bewohnern der Nachbarländer abgehalten werden.

B. Für nichtreichsangehörige Personen

An die Stelle der jetzigen Personalausweise treten fortan die **Fremdenpässe,** die nach dem Beschluß des Völkerbundes internationale Anerkennung genießen. Durch die Fremdenpässe sollen nichtreichsangehörige Personen, die keine Nationalpässe erhalten können, vorübergehend oder dauernd mit einem Ausweis ausgestattet werden, um sie vor Strafen zu schützen und ihnen Bewegungsfreiheit zu geben. Die Ausstellung von Fremdenpässen kommt danach beispielsweise in Frage bei Staatenlosen, bei Personen mit zweifelhafter Staatsangehörigkeit, bei Personen, denen eine zur Ausstellung eines Reisepasses zuständige Vertretung fehlt. Auch Ausländern, deren Anträge auf Ausstellung von Heimatpapieren erfahrungsgemäß erst nach geraumer Zeit erledigt zu werden pflegen, sind für die Zwischenzeit angemessen befristete Fremdenpässe auszustellen. Sie werden nur als Einzelpässe ausgestellt und sind gültig für 1 Jahr. Die Geltungsdauer kann jeweils um höchstens 1 Jahr bis zu ihrer Gesamtgeltungsdauer von 5 Jahren verlängert werden. Die Gebühr beträgt für einen derartigen Fremdenpaß 3 RM.

2. Der Sichtvermerk

Reichsangehörige bedürfen zum Grenzübertritt keines deutschen Sichtvermerks; dagegen alle nichtreichsangehörigen Personen über 15 Jahre, soweit nicht durch zwischenstaatliche Vereinbarungen etwas anderes bestimmt ist. Ein Sichtvermerk zur Ausreise ist nicht mehr erforderlich. Der Sichtvermerk hat nur paßrechtliche Bedeutung; er gibt lediglich die Befugnis zum Grenzübertritt. Der Sichtvermerk enthält keine Erlaubnis zum Aufenthalt; diese kann nur von der zuständigen Polizeibehörde des Landes, in dem der Sichtvermerkinhaber sich aufhalten will, erteilt werden. Auch soweit der Sichtvermerkszwang aufgehoben ist, bleiben die Vorschriften der Länder über den Aufenthalt unberührt. Demgemäß hat der Angehörige eines fremden Staates, der ohne Sichtvermerk in das Reichsgebiet einreisen kann, für den Aufenthalt eine besondere polizeiliche Erlaubnis nachzusuchen. Die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen in der Form der Verlängerung von Sichtvermerken kommt nicht mehr in Frage.

Zum Schluß noch eine Uebersicht über die Staaten, mit denen der Sichtvermerkszwang für Deutsche und für die Angehörigen der betreffenden Staaten aufgehoben ist:

) Auf Grund von Vereinbarungen im Verhältnis zu folgenden Staaten:

Britisches Reich (ausgenommen Britisch-Indien, die indischen Eingeborenen-Staaten und das Protektorat Aden sowie die Mandatsgebiete Neu-Guinea, einschließlich Nauru, Palästina, einschließlich Transjordanien), Dänemark, Ecuador, Estland, Finnland, Honduras, Italien, Japan, Jugoslawien, Lettland, Liechtenstein, Luxemburg, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Salvador, Schweden, Schweiz, Siam, Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn, Uruguay.

b) Durch besondere Anordnung des Reichsministers des Innern im Verhältnis zu folgenden Staaten:

Cuba, Danzig, Dominikanische Republik, Haiti, Island und Panama.

Regierungsrat Dr. A. Lürman.

„Hasenklein kann nichts dafür"

Das also war der aktuelle Film, der bisher von der Zensur verboten war. Warum? Fühlten die Parteien des Systems, daß ihre Vertreter in diesem Film scharf unter die Lupe genommen wurden, fühlten sie sich getroffen, weil der Regisseur Max Neufeld es so treffend verstand, all die kleinen Winkelzüge innerhalb und außerhalb der Parteien fast naturgetreu zu kopieren? Dann hätten sie ihn doch bei sich aufnehmen sollen, um ihm eine politische Karriere zu ebnen; denn wahrlich er ist der geborenen Arrangeur für Koalitionen und Parteibuchbeamtenschiebung. Warum also verboten?

Wir finden den Film köstlich. Hasenklein kann bestimmt nichts dafür. Eine politische Satire. Drastisch und entzückend reiht sich Szene an Szene. Jede einzelne ist ein Kabinettstück. Als Zuschauer kommt man aus dem Lachen nicht heraus. Jakob Tiedtke ist der Schneidermeister Hasenklein. Nur er konnte ihn so lebenswahr und echt verkörpern. Von ungeheurem Schneid und Draufgängertum Johannes Riemann als Parteisekretär, der das Unmöglichste möglich macht! Hans Brausewetter als Liebhaber und Rennfahrer, Lien Deyers als Sekretärin und Schneidermeisters Töchterlein gefielen sehr gut, ein naives frisches jugendliches Pärchen.

So sehr uns Johannes Riemann im Film gefiel, waren wir doch am Schluß, als er sich in seinem Sketsch „Spinne im Netz" persönlich vorstellte etwas enttäuscht. Wir hatten mehr von ihm erwartet.

Der Verein für vereinfachte Stenographie e. V. für Stolze-Schrey und Einheitskurzschrift setzt während seiner Uebungs-Abende jeden Dienstag und Freitag im Alten Gymnasium, Dechanatstraße stets ab 20.30 Uhr seine Betrachtungen über die Geschichte der Stenographie fort. In der kommenden Woche sollen am Dienstag und Freitag die Themen „Unsere Führer" und „Unser Schrifttum" behandelt werden.

3 Tage billige
Staubsauger
und Bohner
OTTO W. SITZ & CO.
Am Wall 118, Domsheide 293 07

Der Sohn der Furcht

ROMAN VON WILHELM MÖLLER-CRIVITZ

1.

Rechtsanwalt Bandlow saß nachdenklich über einen Stoß Akten gebeugt, als der Bürolehrling eine junge, schlanke Dame eintreten ließ.

„Edith, Du?" empfing er diese und ging ihr entgegen.

Edith Volthagen lächelte unfrei.

„Ich mußte heute zu Dir kommen. Ich bin so unruhig. Eine Frage bedrückt mich."

„Was ist es denn? Du warst doch nie so ungeduldig."

„Es handelt sich um eine mir gute Bekannte aus Kawitz. Du kennst sie nicht, daher tut ihr Name wohl nichts zur Sache. Sie ist in meinem Alter. Nun erzählte sie mir, sie möchte so gern ein Kind adoptieren. Der Arzt aber wolle ihr kein Attest ausstellen. Sag mir, Herbert, warum wohl nicht?" Sie sah beiseite. „Ich möchte sie beruhigen."

Dr. Bandlow lachte verschmitzt. Er wußte wohl, wer die „gute Bekannte" war. Das Attest konnte sie nicht bekommen?

„Na, Edith, dann freu Dich doch! Der Arzt gibt ja nur den Frauen das Attest, die keine Kinder bekommen können."

„So?"

Edith sah vor sich hin. Einen Augenblick mußte sie an sich halten, dann sagte sie leise, stockend:

„Dann wäre also keine . . . keine Aussicht?"

Rechtsanwalt Bandlow schüttelte verwundert den Kopf.

„Aber, Edith, was machst Du denn für ein Gesicht? Was ist Dir?"

„Es ist schon gut, Herbert. — Ach, ich will Dir doch lieber die Wahrheit sagen. Was sollen diese Ausreden! Sanitätsrat Albus untersuchte mich heute. Er wollte mir so gerne Mut einreden, aber mir schien es, als wisse er etwas anderes besser. Als ich ihm dann sagte, wie gerne ich ein Kind hätte, riet er mir zur Adoption. Er wolle mir das Attest dazu wohl ausstellen. Wozu nun aber dies Attest? Darum fragte ich Dich. Und weil ich fürchtete, auch Du würdest Dich hinter Ausflüchten verstecken, überlistete ich Dich. — Nun weiß ich doch, woran ich bin."

Ihr Bruder war aufgestanden und ans Fenster getreten. Als Edith dann schwieg, drehte er sich nach ihr um.

„Mußt es Rudolf verzeihen, wenn er Dir den Befund der Aerzte bislang nicht sagen konnte, Edith. Er ist besorgt um Dich. Aber vielleicht ist es doch besser, wenn Du weißt, was die Aerzte feststellten."

„Natürlich, Herbert. Hab Dank. Obschon es mir weh tut, ist mir doch nun leichter ums Herz. — Ich möchte schnell noch bei Elsbeth hereinsehen."

Sie reichte ihm die Hand.

„Schade, daß sie kein Eigenes bekommen kann!" dachte Rechtsanwalt Bandlow, als er seine Schwester hinausbegleitet hatte. Eine Weile überlegte er, dann rief er seine Frau an den Fernsprecher und sagte ihr, daß Edith zu ihr käme.

*

Elsbeth Bandlow war sehr unruhig, versteckte ihre Sorge um die Schwägerin so gut sie konnte. Beide Frauen verstanden sich gut. Sie hatten die Kindertage zusammen durchtollt und auch die Backfischjahre gemeinsam geschwärmt. Den Freudinnen hatten sich die Brüder zugesellt, und ehe sich's alle recht bewußt waren, feierte man eine fröhliche Verlobung. Als erste heiratete Edith vor fast vier Jahren den Tierarzt Rudolf Volthagen in Kawitz. Elsbeth mußte sich noch bescheiden, bis ihr Liebster seinen Assessor gemacht hatte. Als er dann vor einem Jahre von Berlin telegraphierte, daß er bestanden habe, brachte sie froh die nötigen Papiere zum Standesamt und vier Wochen später feierte sie ihre Hochzeit.

Elsbeth legte den Arm um Edith und führte sie ins Wohnzimmer.

„Aber Mädel", sprach sie, „was wissen diese eingebildeten Akademiker schon viel! Die meinen immer, sie hätten die Weisheit gepachtet! Du, Ich mag oft gar nicht zuhören, wenn Herbert von der „zwingenden Logik" spricht. Laß Dir doch nichts einreden. Mir haben sie auch gesagt: Ja, das ist so eine besondere Sache — große Hoffnungen sind nicht vorhanden."

Sie machte eine wegwerfende Handbewegung und stockte. Ueber ihre Mienen glitt ein schelmisches, zugleich aber beschämtes Lächeln.

Edith sah sie unter Tränen einen Augenblick froh an.

„Da siehst Du, was man in Wahrheit von den Reden der superklugen Wissenschaftler halten kann. Ich rate Dir, Edith, mach Dir nichts draus." Sie wurde nachdenklich. „Vier Jahre bist Du nun verheiratet; es hätte eigentlich schon soweit sein können. Das ist wahr."

„Ja, Elsbeth, und darum ist wohl auch kaum zu hoffen. Nur bitter ist es, sehr bitter. Wenn es nicht so wäre, ohne Murren würde ich noch lange Jahre warten, bis auch meine Zeit da wäre. So aber muß ich mir darüber klar werden, daß ich kein Kind haben kann."

Elsbeth sah sie ratlos an.

„Und Rudolf?" fragte sie bange.

„Er leidet unter dieser Enttäuschung mehr, als er zugibt. Ich weiß es."

Sie schwiegen beide lange. Dann meinte Elsbeth, impulsiv, wie es ihre Art war:

„Weißt Du, Liebste, ich finde den Gedanken, ein fremdes Kind anzunehmen, gar nicht so häßlich. Im Gegenteil. Wenn der alte Sanitätsrat Dir ein Attest ausstellen will, so hast Du früher ein Hascherl als ich. Du wirst es liebgewinnen, so lieb, als wäre es Dein eigen. Ich, an Deiner Stelle, würde es ohne Ueberlegung können."

„Ich habe auch so gedacht, Elsbeth. Wenn es denn nicht anders sein kann, will ich diesen Weg gehen. Mir bringt kein Tag mehr Freude, seit ich die Unruhe in mir trage."

Edith sah auf die Uhr.

„Was? Bald sieben? Dann muß ich eilen. Rudolf weiß nicht, daß ich zu Herbert fuhr, Er wird auf mich warten. — Laß nur, Elsbeth, es ist ja nur ein kurzer Weg, und die Zeit eilt. Kommt über Sonntag zu uns. Es ist jetzt so herrlich im Garten."

Elsbeth versprach es gern.

*

Tierarzt Volthagen war noch nicht zurück, als Edith heimkehrte. Fast war sie froh deswegen. Sie hatte Mühe, ihr Gleichgewicht wiederzufinden.

Das also war es, was die Aerzte und selbst ihr Mann ihr immer zu verheimlichen suchten! Niemals Mutter werden? Ihre Augen wurden feucht. Kein Kinderlachen? Kein Kinderlallen? Immer nur zuschauen, wenn andern Müttern das Glück aus den Augen strahlte? Nein, das konnte nicht sein. Ohne diese Erfüllung konnte sie nicht mehr leben. Zu groß schon war die Sehnsucht geworden.

War der Spruch der Aerzte denn wirklich unabwendbar? Elsbeth sprach sehr zuversichtlich. Aber das war ja nur Mitgefühl und eine kleine Scham wegen ihres eigenen, kommenden Glückes. Sie hatte das fein unterschieden. Warum aber wurde ihr diese Erkenntnis der Aerzte denn immer verheimlicht? Warum mußte sie erst zu einer List greifen, um die Wahrheit zu erfahren? War das auch Mitgefühl? War das Furcht? Weswegen diese Furcht?

Kein Kind? Nein, damit würde sie sich niemals abfinden! Das konnte sie nicht, jetzt nicht mehr. Dann lieber ein Kind auswählen, dem die Eltern gestorben waren.

Ja, morgen schon würde sie mit ihrem Manne in ein Waisenhaus fahren und nach ihrem Kinde suchen, nach ihrem Glück! Dann würde sie ihrem Manne auch wieder die rechte Weggenossin werden, die sie ihm immer gewesen, bis jetzt. Sie ahnte, daß sie ihm die gute Kameradin nicht mehr war, seit sie sich soviel mit sich selbst beschäftigen mußte. Wer kann das auch, dachte sie, wenn die Sehnsucht so unruhig macht?

*

Sie sah ihren Mann kommen. Schnell wischte sie die Tränen fort, um ihn nicht besorgt zu machen

Tierarzt Volthagen brachte seinen kleinen Kraftwagen, mit dem er die weiten Landtouren zurücklegte, in die Garage.

Wie ruhig und gleichmäßig er ist, dachte Edith, die ihn vom Fenster aus beobachtete. Er sah suchend umher. Ediths Herz schlug schneller. Wie schön er ist!

(Fortsetzung folgt.)

Skandal um Reichsland!

Wie der „holländische" Bankier „Sternberg" Entschädigungs-Millionen erschob — Die Mentalität gewisser System-Anwälte — Eigenartige Verwendung von Steuergeldern

Aus bergmännischen Kreisen erfahren wir: Die Gewerkenversammlung von Reichsland am 10. Juni 1932 in Berlin hat tatsächlich ergeben, daß es sich hier um einen neuen Skandal handelt.

Aus dem vom Grubenvorstand gegebenen Bericht und den Ausführungen, welche von Gewerkenseite in der Gewerkenversammlung gemacht wurden, ergab sich etwa folgendes Bild:

Der Bankier Sternberg hatte beim Verkauf des Disch-Hauses in Köln ein großes Paket Idunа-Holding-Aktien bekommen, für das er aber in Deutschland keinen Käufer zu finden vermochte. — Bei seinen Bemühungen, diesen fragwürdigen Aktien-Besitz loszuwerden, kam ihm oder einem seiner Adjutanten eine sehr einfache Idee. — Es war da in Berlin eine Gewerkschaft Reichsland. Die hatte ausgerechnet für bare 3½ Millionen Kurswert Reichsschuldbuchforderungen im Besitz und sonst keinen Kummer. Von der Tatsache des Vorhandenseins dieses Geldbetrages bis zu seinem Besitz war für Herrn Sternberg und seinen Adjutanten nur ein kleiner Sprung. —

Alles ist käuflich,

auch eine Majorität von Kuxen der Gewerkschaft Reichsland; denn mit der Majorität war ja auch die Verfügung über den der Gewerkschaft Reichsland gehörigen Geldbetrag verknüpft. Also nach der alten Zauberformel „Hokuspokus" wurde nun gearbeitet. Man kaufte schnell die sich in Bankierhänden befindende Majorität der Reichsland-Kuxe, für die man etwa 1 bis 1½ Millionen bezahlen mußte und verfügte sofort damit über 3½ Millionen. — „Aus 1 mach 2", sagt bei Faust der Hexenmeister, und so machte es auch Herr Sternberg. —

Ende März wurden die Reichsland-Kuxe gekauft und Anfang April besaß Herr Sternberg die 3½ Millionen der Gewerkschaft Reichsland. Die Gewerkschaft Reichsland aber wurde dafür mit einem entsprechenden Paket bereits damals vollkommen wertloser Idunа-Holding-Aktien beglückt; denn Herrn Sternberg war es damals bereits bekannt, daß die Idunа-Holding-Gesellschaft auf Grund von auf die Dauer nicht vertretbaren Geschäften zu ihrem Besitz an Aktien der Idunа-Versicherungsgesellschaften und sonstigen Vermögensgegenständen gelangt war und diese Werte infolgedessen an die Berechtigten zurückgegeben werden mußten. — Für Herrn Sternberg lag das Geschäft also sehr einfach. Er führte es durch nach dem Motto: „Geld riecht nicht!"

Aber Herr Sternberg konnte dieses Geschäft nicht allein machen. Er brauchte hierzu

Strohmänner und Hilfstruppen

So betonte der von Herrn Sternberg Ende März 1931 eingesetzte Grubenvorstand der Gewerkschaft Reichsland, welcher ja schließlich zu diesen Geschäften des Herrn Sternberg sein Ja und Amen sagen mußte, er habe vor Durchführung des Geschäftes vielseitige Gutachten eingeholt. — Leider stellte sich aber bei Befragen von Gewerkenseite in der Versammlung heraus, daß die Gutachter in seriösen Kreisen einen wenig angenehmen Ruf genießen; einer der Herren ist sogar mehrfach vorbestraft und inzwischen wegen umfangreichen Devisen-Schiebungen hinter Schloß und Riegel gekommen. —

Dieser Vorstand, dessen Namen den Gewerken für eine ordnungsmäßige Verwaltung bürgen sollten, nämlich

1. **der bekannte deutsche Aktienrechtler Dr. Rosendorf,**
2. **der Vertreter der preußischen Regierung in der Direktion der hannoverschen Straßenbahn und Ueberlandwerke AG. Baurat Schmude,**
3. **Herr Rechtsanwalt und Notar Dr. Cleeves, Berlin,**
4. **Herr Bankier Facher in Berlin aus der Fa. Moritz Lemberger,**

wurde in der Versammlung von Gewerkenseite befragt, warum man denn nicht die Gewerkenversammlung um Stellungnahme zu diesem Idunа-Geschäft angegangen sei? Darauf erklärte der Vorstand, daß man befürchtet habe, daß dann das Geschäft gefährdet werden könnte. —

Wenn schon Juristen so handeln, sollte man dann die Ursache der vielen Skandale in der letzten Zeit nicht weniger bei den Geschäftsleuten als vielmehr bei den beratenden Juristen suchen müssen?

Der Grubenvorstand versucht nun, die Bestimmungen des § 114 des Berggesetzes rein formell auszulegen. Der § 114 des Berggesetzes schreibt nämlich vor, daß bei Verfügungen über die Substanz der Gewerkschaft die Gewerkenversammlung mit ¾ Mehrheit ihre Genehmigung erteilen müsse. Das Bergwerk der Gewerkschaft Reichsland, welche die Trägerin der Reichsschuldbuchforderungen wurde, errichtet ist, ist nun

ein vollkommen wertloses Bergwerkseigentum,

Gleiches nur wegen seiner Wertlosigkeit dann benutzt wurde, um den formalen Bestimmungen des Berggesetzes über die Entstehung einer Gewerkschaft bestand aber in den Reichsschuldbuchforderungen, im Werte von über 3½ Millionen Mark, welche vom Reich für die im Elsaß verlorengegangenen Kalibergwerk gewährt wurden.

Es wurde denn auch in der Versammlung nicht an deutlichen Kritiken gespart und auch der Ruf nach dem Staatsanwalt wurde laut. Der Grubenvorstand konnte auf die ihm von den Gewerken vorgelegten Fragen in der Versammlung befriedigende Auskünfte nicht geben bezw. er verweigerte sie sogar.

Nachdem man zu den Punkten 1 und 2 der Tagesordnung Bericht über die Geschäftslage und Vorlage des Geschäftsberichtes und der Geldrechnung für das Geschäftsjahr 1931 mehrere Stunden debattiert hatte, konnte nur festgestellt werden, daß eine Rechnungslegung nicht vorlag. Trotzdem versuchte der Grubenvorstand, einen Beschluß auf Entlastungserteilung zu erreichen. **Er gab diese Bemühungen jedoch später auf, als sich herausstellte, daß für eine Entlastungserteilung lediglich die Stimmen der von dem in Bürogemeinschaft mit den Herren Dr. Rosenberg und Dr. Cleeves amtierenden Herrn Rechtsanwalt Werner Rothenberg vertretene „Sternbergsche" Majorität von 360 Kuxen zu haben waren.**

Der Grubenvorstand versuchte dann gegen Zuwahl von Vertretern der Opposition in den Grubenvorstand die Genehmigung zu einer Vertagung zu erhalten, unter Absetzung der restlichen Punkte der Tagesordnung, welche umfassen:

3. Entlastung des Grubenvorstandes; 4. Abberufung des jetzigen Grubenvorstandes und Neuwahl; 5. Beschlußfassung über Regreßmaßnahmen.

Da sich hierauf nach längerem Hin- und Her die Opposition aber nicht einließ und unbedingt Abstimmung über die Tagesordnung verlangte, stellte der Vertreter der Sternbergschen Majorität, Herr Rechtsanwalt W. Rothenberg, den Antrag, die Versammlung zu schließen und zu vertagen.

Von den insgesamt vertretenen 498 Kuxen stimmte die Opposition geschlossen gegen diesen Antrag und verlangte Abstimmung. — Es wurde auch geltend gemacht, daß Herr Rothenberg nicht mitstimmen dürfe, da sich ja gerade gegen ihn oder den Besitzer der von ihm vertretenen Kuxe die Regreßmaßnahmen richten sollen und somit ein Mitstimmen für Herrn Rothenberg gemäß § 34 BGB. nicht in Frage komme. Es wurde auch dann bekannt, daß zu der Umschreibung des größten Teiles der von Herrn Rothenberg vertretenen Kuxe die Kuxscheine selbst überhaupt nicht vorgelegen haben und daß damit die Umschreibung der Kuxe unter Verletzung von zwingenden Form-Vorschriften erfolgt sei. — Aus diesen Tatsachen ergibt sich also

das bezeichnende Bild,

daß auch jetzt noch die Sternbergschen Majorität, welche von Herrn W. Rothenberg vertreten wurde, in zynischer Weise die Oppositionen, welche nach den Vorgängen doch zweifellos mit ihren Ansprüchen im Recht ist, vergewaltigte.

Interessant war noch, daß Herr Dr. Cleeves sich selbst noch vor kurzer Zeit einem Gewerken gegenüber als den Vertretern des Herrn Sternberg bezeichnete. Daraus gewinnt man also den Eindruck, daß der Grubenvorstand augenscheinlich in erster Linie Vertreter und Werkzeug des Herrn Sternberg gewesen ist und seine Pflichten als Grubenvorstand in unerhörter Weise vor dieser Interessenvertretung gebeugt hat.

Das Fazit dieses Dramas ist nun direkt schändlich. Durch den unglücklichen Friedensvertrag ist den Gewerken der wertvolle elsäßische Kalibergwerksbesitz, welcher von den Franzosen dem Deutschen Reiche auf Grund sicher nicht zu hoher Abschätzung mit über 30 Millionen Reichsmark gutgeschrieben wurde, fortgenommen. — Nach 12 Jahren endlich sah sich das Reich genötigt, den Gewerken ganze 15 Prozent, also nicht einmal die inzwischen aufgelaufenen Zinsen des enteigneten Wertes, als Entschädigung zuzugestehen. — Aber man gab diese Entschädigung nicht den teilweise als Rentner durch die Inflation in schwere Not geratene Gewerken, sondern man übergab diese Entschädigung einem Grubenvorstand, mit der Verpflichtung damit für die Gewerken ein neues ertragsfähiges Unternehmen aufzubauen. Die Aufbringung der Entschädigung, welche das Reich zubilligte, wurde in einer Zeit schwerster Krise und Notlage den Steuerzahlers auferlegt. Man muß daher die Regierung fragen, ob sie denn gar keine Handhabe und Mittel zu ihrer Verfügung hat, um in diesem skandalösen Fall wenigstens die Schuldigen zur Verantwortung heranzuziehen.

Man muß beachten, daß die

den Steuerzahlern abgezwungene Entschädigungsmillionen

nicht nur den Geschädigten deutschen Reichsangehörigen nicht zugute gekommen sind, sondern daß ein holländischer Bankier in unerhörter skrupelloser Weise sich dieser Entschädigungsmillionen bemächtigte und sie vermutlich auch ins Ausland wird verschoben haben.

Beachtlich ist es, daß die Grubenvorstandsangehörigen, die Rechtsanwälte Dr. Rosendorf und Dr. Cleeves, laufend für die Preußag als Notare tätig sind. Nach all dem scheint es allerhöchste Zeit zu sein, daß sich das Reichsfinanzministerium in evtl. Verbindung mit den Staatsanwaltschaften einmal um die ordnungsmäßige Verwendung der Entschädigungsgelder für die tatsächlich Geschädigten ein wenig kümmert; denn die Steuerzahler haben keine Lust für Entschädigungsgelder Steuern zu zahlen, die sich ausländische Schieber-Bankiers in die Tasche lancieren.

Dietrich's späte Einsicht

Er jammert über die Zinslast und während seiner Regierung nahmen die Banken 30 Prozent!

In Systemblättern stand zu lesen, daß am 20. Juni 1932 der Reichsfinanzminister a. D. Dr. Dietrich in einer Wahlrede einen Plan entwickelt habe, um der Arbeitslosigkeit zu steuern.

Die Entwicklung von Plänen und vor allem ihre vorz. Ankündigung als „die vollkommene neuartige Lösung aller Fragen" war immer schon die Spezialität der Herren des Systems. Freilich hatte Herr Dietrich immer auch das besondere Pech, acht Tage später seinen Plan ganz anders auslegen oder überhaupt ableugnen zu müssen. Wir erinnern an seine mißverstandene Rede über die Arbeitslosenfrage um die Osterzeit 1931 und an seine Voreiligkeit bezüglich des Wagemannplans in der Frage der Sanierung der Großbanken.

Aber diesmal scheint ihm nach dem Verlust seines Amtes tatsächlich ein guter Gedanke gekommen zu sein. Er führte unsgefähr aus:

Es sei „eine Existenzfrage für hunderttausende von deutschen Betrieben, daß die Zinslast gesenkt werde. Nach seiner Ansicht müsse **der Diskontsatz auf drei Prozent ermäßigt werden und die Spanne zwischen dem Reichsbankdiskontsatz und den Zinssätzen der Banken und Genossenschaften müsse aufs schärfste kontrolliert werden."**

Herr Reichsminister a. D. Dr. Dietrich, wir müssen leider jetzt mit Ihnen eine deutliche Sprache reden, und Sie unumwunden fragen, haben Sie denn wirklich im letzten Jahre ihrer Amtszeit geschlafen? Haben Sie im August 1931 nicht gemerkt, wie alle Banken ihre Zinssätze mit Wonne an dem irrsinnigen Reichsbankdiskont gekoppelt u. auf die Spitzenhöhe von 25 und 30 Proz. getrieben haben. Ist Ihnen nie der Gedanke gekommen, diesem gemeingefährlichen Treiben durch eine kleine Notverordnung Einhalt zu gebieten? Weshalb haben Sie, wenn Sie schon einmal einen guten Gedanken hatten, Ihre Ministerialbürokratie nicht gezwungen, diesen Gedanken in die berüchtigte 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 einzubauen? Weshalb haben Sie Ihrem Ministerialdirektor Ernst erlaubt, das sogenannte Zinsabkommen der deutschen Kreditinstitute, das in Wahrheit Zinssätze von wucherischer Höhe legalisierte, gutzuheißen? Einmal, zweimal, dreimal hatten Sie Gelegenheit, Ihre Weisheit zu Gunsten von „hunderttausenden deutscher Betriebe" und von Millionen arbeitsloser Menschen einzusetzen und Sie haben es nicht getan!

Statt Rechenschaft über Versäumnisse zu geben, entwickelt Her Dietrich Gedanken im Wahlkampf, die er sich irgendwo ganz anders, gelinde gesagt, entliehen hat, wobei ihm zur Entschuldigung dienen mag, daß er als Finanzminister das Borgen sich angewöhnen mußte. In unserem Blatte wurde zur rechten Zeit der Zusammenhang zwischen Zinshöhe und Arbeitslosenzahl klargestellt, wurde der Einfluß der Großbanken und Interessenten auf die Gestaltung und den Inhalt der Notverordnung offen angeprangert, wurde **der praktische Weg zur Zinssenkung gewiesen. Man erinnere sich nur an die Zinssenkungsanträge der Nationalsozialistischen Fraktion im Reichstag! Es ist einfach eine unerhörte Entstellung des geschichtlichen Tatbestandes, zu behaupten, daß die Zinsfrage die Existenzfrage für hunderttausend deutscher Betriebe sei, wenn man selbst keinen Finger für ihre Lösung krumm gemacht hat.**

Wenn man einen solchen Berg von Scherben, Schutt und Schlacke hinterlassen hat, wie die Vertreter des verflossenen Systems, dann hat man nicht mehr das Recht, als Verkünder einer neuen Weisheit vor das Volk zu treten, wie es Herr Dietrich getan.

Volk saniert die Schwerindustrie

Die Transaktion um Gelsenberg — eine Bevorzugung der Schwerindustrie auf Kosten der schaffenden Wirtschaft

Für die Sanierung der Großbanken hat das Volk über eine Milliarde aufgewendet, die Großschiffahrts-Gesellschaften mußten „saniert" werden, nun ist die Schwerindustrie an der Reihe. Die kapitalistische Rheinisch-Westfälische Zeitung schreibt: **„Es handelt sich nicht darum, die Frage aufzuwerfen, warum es soweit kommen mußte, und wer die Verantwortung trägt ..."** d. h. auf deutsch, wenn der Verkäufer des Aktienpakets nur die Verantwortung los wird und erhält einen gesunden Preis — auf Kosten des schaffenden Volkes! Vorgesehen werden natürlich „nationale" Belange, und dem Privatkapitalisten sei es nur dann möglich, im eigenen Hause Ordnung zu schaffen, wenn die Sanierung mit Hilfe von Ausländern — sprich französische Kapitalisten — durchgeführt werden würde.

Freie Wirtschaft, hemmungslose Herrschaft des Kapitals, und wenn es nichts mehr abwirft, kommen die Sanierungsmillionen des deutschen Volkes. Das ist eine ideale Lage für den Liberalisten.

So schnell ist die Frage der Verantwortung für uns Nationalsozialisten nicht geklärt. Die Großkonzerne sind darum in die Lage gekommen, sich vom Reich sanieren zu lassen, weil die sogenannten Wirtschaftsführer, die ja so stolz auf ihre Erfahrungen sind, den grundlegenden Fehler des liberalistischen System nicht erkannt haben.

Die Eisen verarbeitende bezw. Eisen- und Stahlwaren-Industrie, welche ca. 20 000 Betriebe umfaßt, ringt schwer um ihre Existenz. In der märkischen Kleineisen-Industrie und in der bergischen Stahlindustrie finden wir heute noch eine ideale Entwicklung auf mittelständlerischer Grundlage. Tausende von mittleren und kleinen Betrieben bezahlen Steuern bis zum Weißbluten, haben mit ihren eigenen Steuergeldern die Großbanken saniert mit dem Erfolg, daß heute die spärlichen Kredite mit brutaler Rücksichtslosigkeit von den Großbanken zurückgefordert werden. Die Schwerindustrie hat ganze Industriezweige der Eisen verarbeitenden Industrie zum Erliegen gebracht. Ueber das Kapitel Gesenkschmieden und Kettenfabriken könnte man Bände schreiben!

Die freien Werke, die heute mit einer stark reduzierten Belegschaft für die Zinsen- und Steuerbelastungen schuften müssen, müssen jetzt noch mit ansehen, wie mit ihren eigenen Geldern die Großkonzerne saniert werden, die sich seit Jahren die größte Mühe gegeben haben, den besten Abnehmer im Inland, den Eisen verarbeitenden Kleinbetrieb, zu ruinieren.

Die Grundlage der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung sehen „die Wirtschaftsführer mit der großen Erfahrung" als unklar an. Es wäre natürlich auch unerhört, wenn ein erwachendes Deutschland eines guten Tages Rechenschaft verlangt! Dann ist es doch schon richtiger, wenn wir vom Privatkapitalismus zum Staatskapitalismus übergehen, und das Volk bezahlt der heutigen Trustbürokratie die Zeche. Das ist der beste Weg für den Liberalisten, die Verantwortung abzuschütteln.

Die weiterverarbeitende Industrie, die für die Tonne Eisen jahrelang ca. 140 RM. bezahlt hat und heute noch 115 RM. zahlen muß, zahlt damit selbstverständlich den Unterpreis für Aufträge, die vielleicht zu 50 RM. pro Tonne in das Ausland geliefert werden. Wenn sie dazu nun noch den Löwenanteil an der Sanierung der Schwerindustrie beitragen soll, werden hoffentlich 20 000 Fabrikanten und Hunderttausende von Arbeitern der Stirn und der Faust, die in der Eisen- und Stahlindustrie ihr Brot verdienen müssen, einsehen, daß dieses morsche Wirtschaftsgebäude nicht mehr repariert werden kann. Jedem klar denkenden Menschen muß es angesichts dieser Tatsache einleuchten, warum wir die Konzerne zerschlagen wollen und müssen. Nur die Durchführung des nationalsozialistischen Wirtschafts-Programms bedeutet den Neuaufbau der Wirtschaft und damit auch eine Sanierung, die nicht auf Kosten des arbeitenden Volkes durchgeführt wird, um die Fehler der liberalistischen Wirtschaftsführer wieder gutzumachen, die heute noch nicht einsehen, daß sie völlig versagt haben, trotzdem doch wohl die Tatsachen klar genug gegen sie sprechen.

H. Bornemann,
Bezirksführer der W. P. A. Hagen-Lennep-Volme.